

Volksmacht

für Schlessen

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition (Bismarckstr. 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volksmacht“, Neue Graudenstraße Nr. 5 und Neue Poststraße 11, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmt. + 8 Pf. Trägerlohn + 0,30 Rmt. monatlich 1,75 Rmt. + 85 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rmt. Durch die Post einfrgl. Zustellungsgebühren 2,40 Rmt.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5832.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: 30 Zeilen für geschäftliche Anzeigen aus Schlessen 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf. Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereins-, Beschlüssungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Bismarckstr. 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Schwere Wirtschaftskrise in Rußland.

Die Lebensmittel müssen rationiert werden. — Viele Waren fehlen ganz.

Uebereinstimmend wird von allen Moskauer Berichterstattern der bürgerlichen Presse gemeldet, daß sich in den sowjetrussischen Städten die seit längerer Zeit schleichende Wirtschaftskrise plötzlich in gefährlicher Weise zuspitzt hat. Da die bolschewistische Machthaber sozialdemokratische Korrespondenten grundsätzlich nicht zulassen, weil sie anscheinend eine objektive Berichterstattung über objektive Verhältnisse in der internationalen Arbeiterpresse scheuen, sind wir auf die Meldungen bürgerlicher Zeitungen und Nachrichten-Agenturen angewiesen. Immerhin brauchen wir angesichts der strengen Sowjetzensur nicht zu befürchten, daß diese Berichte übertrieben sind.

Lassen wir zunächst die Tatsachen sprechen:

In Moskau steht man wieder Schlange.

Die wichtigsten Lebensmittel, wie Mehl, Kartoffeln, Tee, Butter, Eier, sind wieder rationiert; Wolle und Schwaren sind aus den Geschäften völlig verschwunden. Man befürchtet im Volke die baldige Wiedereinführung des Kartensystems, das dem deutschen Volke aus der Kriegszeit und aus den ersten Friedensjahren noch in Erinnerung ist, aber nur noch als böser Traum. Dieser Traum droht nun für das russische Volk plötzlich bittere Wirklichkeit zu werden — im nächsten Jahre des europäischen Friedens, im ersten Jahre der bolschewistischen Herrschaft! Wie ist das zu erklären? Die russische Sowjetwirtschaft beruht auf einem bürokratisch ausgearbeiteten Plan. Ihre Grundlage ist die Getreideausfuhr. Nun halten die Bauern ihr Getreide zurück. Infolgedessen können die für die Industrie notwendigen Rohstoffe nicht eingeführt werden. Die russische Arbeiterbevölkerung ist natürlich der am meisten schwertragende Teil in dieser Krise. Die Bauern dagegen werden von der Sowjetregierung umworben, obwohl sie Privatunternehmer sind. Es heißt sogar, daß der allmächtige Stalin, der sonst fast nie Moskau verläßt, heimlich nach Sibirien gefahren ist, um die dortigen Bauernmassen zu bewegen, ihre Ernte nicht länger zurückzuhalten. Es ist eine Ironie der Weltgeschichte, daß im Laufe der sogenannten Diktatur des Proletariats die „Kulaken“, das

heißt, die reichen und mittleren Bauern, die eigentlichen Herrscher geworden sind, um deren Gunst man werben muß. Umsonst hat die Stalin-Regierung den „Kulaken“ eine Vorzugstellung auf Kosten der städtischen Arbeiterbevölkerung gewährt: Die Bauern sind sich ihrer Macht bewußt und halten ihre für die Sowjetwirtschaft unentbehrlichen Erzeugnisse zurück. In den Städten aber wächst das Verhungern und Hunger der Groll. Sollte das also das Ergebnis einer zehn-jährigen revolutionären Diktatur sein, daß die Arbeiter als Träger der Revolution und des Regimes von der Gnade der Bauern abhängig sind? Und hatte die Opposition nicht recht, als sie vor dem Stalin-Kurs warnte, während die gehässigen Bauern immer anspruchsvoller, immer mächtiger und immer reicher werden?

Der Schatten Trozki steigt auf.

Trozki hat diese Entwicklung vorausgesagt. Er muß nun in der sibirischen Verbannung dafür büßen, daß er als unbedeutsamer Prophet die offizielle Sowjetpolitik gestört und Bloßgestellt hatte. Sicher wird in den Polonäsen vor den Bader- und Butterläden in Moskau und Weningrad von den stundenlang harrenden Männern und Frauen der Name Trozki häufiger genannt werden, als es der Stalin-Regierung lieb ist. Aber man muß gerechterweise hinzufügen, daß auch die Opposition, wenn sie wieder ans Ruder käme, an diesen Zuständen nichts mehr ändern könnte. Die Entwicklung ist schon viel zu weit fortgeschritten, die Bauern haben ihre Stellung politisch und wirtschaftlich zu hart festgelegt, die Arbeiter sind durch die zwanzigjährige Diktatur zu sehr herabgewürdigt worden, als daß man noch den Versuch wagen könnte, das Steuer herumzujagen.

Für die Arbeiterschaft der übrigen Länder bietet das russische Beispiel eine heilsame Lehre. Alle kommunistische Propaganda über die großartige Lage des Proletariats in Sowjet-Rußland zerfällt vor dieser einen Tatsache wie eine Seifenblase: Im ersten Jahre des Bolschewismus mußten die Arbeiter in den Städten wieder Schlange stehen, weil die reichen Bauern ihre Ernte zurückhielten!!!

programm vorliegt, wird nur ein kleiner Teil zur Vinderung sozialer Not verwendet, der größte Teil dient zu Geschenken an die Großagrarien. Gleichzeitig sollen den bestehenden Schichten 41 Millionen Vermögensteuer geschickt werden, während die Massen durch die hohen Zölle die Geschenke an die Großagrarien bezahlen dürfen. Das Volk wird den Arbeitnehmern noch vom Leibe gezogen, wenn es nicht gelingt, diesen Bürgerblock ein für allemal unmöglich zu machen. Im Interesse aller Arbeitnehmerkräften — ob Beamte, Angestellte oder Arbeiter, zu vernichten, ist das Ziel der Sozialdemokratie.

Das Gefrierfleisch soll weiter abgesperrt werden.

Berlin, 20. Februar. (Eigener Bericht). Der Reichs-Land und verfaßt durch den deutsch-nationalen Ernährungsminister Schiele unentwegt das Ziel, die zollfreien Gefrierfleischkontingente in kürzester Zeit abzubauen. Die Bürgerblockregierung und die bisherigen Regierungsparteien haben sich diesem Ziel inzwischen in ihrem „Notprogramm“ angeschlossen. Man will das Angebot von Fleisch verknappen und den Preis für Frischfleisch in die Höhe treiben. In welchem Ausmaß dadurch die Ernährung der Bevölkerung bedroht wird, beweisen folgende Tatsachen:

Der Fleischverbrauch pro Kopf der deutschen Bevölkerung betrug in den Jahren 1911 bis 1913 insgesamt 52,1 Kilogramm, für das Jahr 1927 stellt die Statistik einen Verbrauch von 51,7 Kilogramm fest. Der Verbrauch liegt also, entgegen den deutsch-nationalen Behauptungen, immer noch unter Friedensstand. Der Stand von 1911/13 ist im Jahre 1927 zweifellos fast erreicht worden. Aber das bedeutet längst nicht, daß für den Einzelverbrauch in Deutschland auch ebenso viel Fleisch zur Verfügung steht wie vor dem Kriege. In den Jahren nach dem „Weltbringen“ hat sich die Zusammenlegung der Bevölkerung stark verändert. Vor dem Kriege war der Anteil der Kinder an der Gesamtbevölkerung viel größer als jetzt. Kinder kommen aber für den Fleischverbrauch so gut wie gar nicht in Frage, d. h. die Zahl der Erwachsenen, der eigentlichen Fleischesser, hat sich verglichen mit der Vorkriegszeit, gesteigert. Daraus ergibt sich, daß der Fleischverbrauch gegenwärtig noch weit unter Friedensstand liegt. Die Sachwissenschaft nimmt an, daß 1927 rund 7 bis 8 Prozent weniger Fleisch verbraucht wurden als vor dem Kriege, obwohl die größere Anspannung im Arbeitsprozeß eine bessere Ernährung der breiten Schichten, vor allem härtere Fleischmahlung erfordert.

Warum diese Differenz? Weil die deutsche Landwirtschaft einfach nicht in der Lage war, den Fleischbedarf unserer Bevölkerung zu decken und selbst, wenn es möglich gewesen wäre, die Kosten für frisches Fleisch im Vergleich zu den Lohn- und Gehaltsverhältnissen der Arbeitnehmer viel zu hoch sind. Das deutsche Volk ist deshalb auf Gefrierfleisch angewiesen! Trotzdem steht die Bürgerblockregierung im Begriff, die zollfreien Einfuhren dieses Fleisches restlos aufzuheben. Das bedeutet praktisch, daß der Bevölkerung in Zukunft noch weniger Fleisch zur Verfügung stehen wird als im Jahre 1927. Damit erleidet ihre Ernährung einen weiteren Abbruch. So will es die Bürgerblockregierung, weil die konträren Agrarier es so befehlen! Was kümmert sie das Volk, wenn sie nur leben!

Deutschnationale Wahlpläne.

Keine Wahlvereinbarung zwischen Sozialisten und Kommunisten.

In einem Teil der deutsch-nationalen Presse wird seit Tagen aus durchsichtigen Gründen die Nachricht verbreitet, daß über den bevorstehenden Wahlkampf zwischen der Sozialdemokratie und den Kommunisten verbindliche Verhandlungen geführt worden seien. Diese Nachricht ist frei erfunden. Die Sozialdemokraten führt den bevorstehenden Kampf völlig selbständig, ohne jede Bindung nach rechts oder nach links.

Neuer Zentrumsbetrug an der Arbeiterschaft.

Die Arbeitervertreter bei den Kandidaturen übergangen.

Im Zentrum ist man zurzeit eifrig bei der Vorbereitung der Kandidatenlisten für die Reichstagswahlen. Zwar rekrutiert sich die Zentrumswahlerschaft zu einem guten Teil aus Arbeitnehmern, aber schon der Gedanke, sie bei den Kandidatenlisten gebührend zu berücksichtigen, wird von den bestehenden Schichten innerhalb der Zentrumspartei, dem katholischen Adel, den Industriellen und Agrariern, entschieden zurückgewiesen. Auch jetzt offenbart sich das wieder in vollem Ausmaß. Den Arbeitnehmern macht man große Versprechungen und dabei bleibt es, während die Bürgerblockfreunde im Zentrum nach wie vor auf ihre Kosten kommen. Voraussetzungsweise wird nach den bisher beschriebenen Plänen auch der Reichstangler a. D. Wirth ein Opfer dieser Klientelwirtschaft werden, denn im Vorstand der badischen Zentrumspartei besteht der ernsthafteste Plan, auf seine Kandidatur ganz zu verzichten und wenn sich das Berliner Zentrum seiner auch nicht annehmen sollte, dürfte er kaum dem neuen Reichstag angehören.

Wirth ist in Baden groß geworden und hat dort seit Jahren für die Zentrumspartei kandidiert. Jetzt soll er unter dem Druck der reaktionären Klischee dem Reichstag der Zentrumspartei zum Reichstangler werden und dem gegenwärtigen badischen Landtagspräsidenten Baumgärtner Platz machen. Ihn soll auf der Kandidatenliste der gegenwärtige Reichstagsminister Dr. Köhler folgen. Es kann sich um den langjährigen Reichstagsabgeordneten und

Aber zahlt die Kosten?

Sanierung des Großagrarier auf Kosten der Arbeitnehmer.

Berlin, 20. Februar.
Der brüchige Rechtsblock hat sich auf ein Notprogramm geeinigt, das bisher nur in groben Umzissen vorliegt. Ob und wie es verwirklicht wird, läßt sich nicht voraussagen. Selbst die Haltung der bisherigen Regierungsparteien ist nach wie vor zweifelhaft. Auch sie haben nur zu den Grundgedanken des Notprogramms ihre Zustimmung gegeben, nicht aber zu seiner noch in feiner Weise feststehenden Ausführung. Die Parteien der Opposition tragen für dieses Programm überhaupt keine Verantwortung. Sie sind völlig frei in ihrer Stellungnahme. Das gilt insbesondere von der Sozialdemokratie. Sie akzeptiert zwar die Erhöhung der Invalidenrenten und die bessere Fürsorge für Kleinrentner und Werpenspendäre als beschriebene Abschlagszahlungen auf ihre stets nachdrücklich erhobenen Forderungen. Sie wird aber ihre endgültige Stellungnahme zu dem im Notprogramm vorgesehenen Maßnahmen für die Landwirtschaft davon abhängig machen, ob es sich um Geschenke an einzelne notleidende Großagrarier handelt oder um volkswirtschaftliche Maßnahmen die dem Gesamtinteresse des Volkes dienen.

In erster Linie wird deshalb das Notprogramm, sobald es vollständig vorliegt, darauf hin geprüft werden müssen, ob seine einzelnen Maßnahmen zweckmäßig sind bzw. ob sie ausreichen. Daneben ist aber auch die Frage zu klären, ob die Kosten für dieses Notprogramm aufgebracht werden können und von wem sie getragen werden sollen. Nach den Angaben der Reichsregierung erfordert keine Durchführung rund 24 Millionen. Davon sind zwar 75 Millionen nur eine Bürgschaft für Kredite, weitere 75 Millionen nur einmalige Ausgaben, außerdem aber verbleibt noch eine dauernde Mehrbelastung für die Reichskasse von rund 180 Millionen.

Ob diese Beträge dauernd vom Reich aufgebracht werden können, muß man bezweifeln. Die Finanzlage des Reiches, die noch vor einem Jahre sehr günstig war, ist durch den Rechtsblock gewaltig verschlechtert worden. Alle Reserven der vergangenen Jahre sind aufgebraucht oder werden zur Deckung des Defizits für den Etat des Jahres 1928 herangezogen. Infolgedessen wird die Finanzierung des Reiches im nächsten Jahre überaus gescheitert. Es fehlen 500 Millionen einmaliger Einnahmen, die in diesem Jahre noch zur Verfügung standen. Es ist außerdem ein Mehr an Reparationskosten von 400 Millionen aufzubringen. Aber das alles meint den Rechtsblock nicht im geringsten zu mindern. Seine Leiter denken: Nach uns die Sintflut! Warum sollten wir uns den Kopf zerbrechen, wenn wir doch nur noch kurze Zeit die Verantwortung tragen? Daher muß man bereits jetzt feststellen, daß dem Reich Mittel für die Sanierung der Landwirtschaft überhaupt fehlen und nicht ohne Notkreditionsaktionen für die Großagrarier ein-

zuleiten, ohne die produktive Verwendung der Gelder zu sichern. Man müßte mindestens auch für eine ordnungsmäßige Deckung dieser Ausgaben sorgen, und das wäre möglich durch neue Besteuerungen. Davon ist jedoch keineswegs die Rede. Der Besitz muß geschont werden. Also wird zu anderen Mitteln gegriffen und versucht, die Mehrerträge der Zölle in den Dienst der Großagrarier zu stellen. In dem Etat für 1927 ist der Ertrag der Zölle auf 890 Millionen angegeben. Vom 1. April 1927 bis 31. Januar 1928 aber haben die Zölle bereits einen Ertrag von 1075 Millionen gebracht. Im ganzen Etatjahr 1927 ist demnach mit einem Plus von über 1200 Millionen zu rechnen, d. h. mit einem Plus von über 300 Millionen. Diese Zölle, die praktisch die Lebenshaltung der Massen riesig verteuern, sollen jetzt zu neuen Geschenken an die Großagrarier benutzt werden.

Will das Zentrum diese Absicht im Ernst billigen? Die Einnahmen aus Zöllen sind in den letzten Jahren geradezu unheimlich gestiegen. Im Jahre 1924 erzielte das Reich an Zolleinnahmen nur 336 Millionen. Sie stiegen in 1925 auf 590 Millionen, 1926 auf 920 Millionen und werden jetzt 1200 Millionen überschreiten. In den letzten vier Jahren hat sich infolgedessen der Ertrag der Zölle fast verdreifacht. Die brutale Steuer also, die das deutsche Steuersystem kennzeichnet, ist von der Reichsregierung ungeheuer in die Höhe geschraubt worden und hat nun auf dieser Höhe verweilt werden. Denn daran kann kaum ein Zweifel bestehen, daß das Reich in den nächsten Jahren bei steigenden Reparationslasten nicht auf seine hohen Zolleinnahmen verzichten wird und infolgedessen auch die von der Reichsregierung immer versprochenen, aber niemals durchgeführten Aktion zur Senkung der Zölle nicht Wirklichkeit wird.

Die Sozialdemokratie wird gegen diese unsoziale Finanzierung von Reichsausgaben mit aller Entschiedenheit ankämpfen.

Sie hat dazu umso mehr Veranlassung, als die Kosten der Lohnbezieher schon bei der Lohnsteuerregelung im Dezember 1927 von dem Rechtsblock betrogen wurden. Außerdem gibt es auch andere Möglichkeiten zur Finanzierung notwendiger Reichsausgaben. Dem Reichstag liegt seit dem 6. Dezember ein Gesetzesentwurf der Reichsregierung vor, der die Erhebung von Vermögenssteuern vor. Durch ihn sollen die 41 Millionen Vermögenssteuer, die im Jahre 1926 zu wenig gezahlt wurden, nachgeholt werden. Dieser Gesetzesentwurf aber ist im Reichstag bisher überhaupt nicht verhandelt worden, weil die Reichsregierung die Beratung ihres eigenen Gesetzes sabotiert. Sie operiert zwar, daß die gegenwärtigen Vermögenssteuergesetze ein solches Gesetz zu machen, sie will sein Inkrafttreten aber verhindern!!!

Der Rechtsblock meint also auch nach seinem Inkrafttreten ein großes Defizit von den rund 400 Millionen, die aus dem

Wirth dürfte so als Opfer der von ihm verfolgten und von maßgebenden Persönlichkeiten des Zentrums als unangenehm empfundene Richtung werden, wenn sich nicht die Zentrumswahl im letzten Augenblick aufricht und endlich selbst dafür sorgt, daß ihr der Platz zugewiesen wird, auf den sie seit Jahren vergeblich Anspruch erhebt.

Zur neuen Hamburger Wahl.

Berlin, 20. Februar. (Eigener Bericht.) Die Hamburger Bürgerwahlen hat die allgemeine politische Entwicklungslinie bestätigt, die die vorhergehenden Wahlen angezeigt haben: eine Schwächung der Rechten, einen allgemeinen Zug nach Links. Das Neue und Interessante an diesen Wahlen ist die Stärkung der Mitte, der Demokraten und der Deutschen Volkspartei. Die Stärkung ist darauf zurückzuführen, daß etwa 44.000 Wähler gegenüber dem Oktober 1927 mehr gewählt haben. Das liberale Bürgertum Hamburgs, das sich zur Demokratischen Partei und zur Deutschen Volkspartei bekennt, ist mobilisiert worden. Das ist eine Folge des großen Wahlliebes der Sozialdemokratischen Partei im Oktober. 74.000 sozialdemokratische Stimmen gewonnen — das mußte selbstverständlich die Hamburger Bürger aufschrecken. Die Deutschnationalen haben dagegen abnormals 4000 Stimmen verloren, das Ergebnis bestätigt, daß sie unaufhaltsam im Rückgang begriffen sind.

Die Sozialdemokratie hat ihre Stimmengahl behauptet, hat aber nicht vermocht, neue Stimmen zu gewinnen oder einen Teil der kommunistischen Wähler zu erobern. Andererseits hat die kommunistische Partei ihre Stimmengahl vom Oktober 1927 um 4000 Stimmen vermehrt. Die Hamburger Sozialdemokratie hatte eher an ein umgekehrtes Ergebnis geglaubt — aber stärker als die unglückliche politische Haltung der Kommunisten bei den Verhandlungen über die Bildung eines Arbeiterbundes wirkten die sozialen Verhältnisse. Viele Tausende Arbeitslose sind aus Arbeitslosenunterstützung und Rentenunterstützung ausgegliedert und der Wohlstandspolizei eingeweiht. Die reaktionären Kräfte des Schwarzmarktums in der Metallindustrie hat bei vielen Arbeitern an die Stelle ernster politischer Erwägung die unpolitische ökonomische Erregung gesetzt, die sie zu Agitationsobjekten für die Kommunisten macht.

Diese geringfügige Verschiebung der Stimmengahl zwischen der Sozialdemokratie und der kommunistischen Partei darf jedoch den Blick für den gemäßigten Fortschritt der Sozialdemokratie in Hamburg nicht trüben. Seit 1924 hat die Sozialdemokratische Partei 73.000 Stimmen gewonnen und diesen Gewinn behauptet. Die kommunistische Partei aber hat ihren Höchststand vom Mai 1924 nicht wieder erreicht. Der Fortschritt der Sozialdemokratie in Hamburg ist und bleibt jedenfalls ungleich größer als der Gewinn der Kommunisten.

Volkspartei und Kirche.

Die evangelische Kirche mit dem größten Teil ihrer Politik einverstanden. — Der evangelische Reichs-Elterndebat. Blamiert.

Berlin, 21. Februar. (Eigener Bericht.) Der Vorliegende des volksparteilichen Reichstagsfraktion, Dr. Schulz, sprach am Montagabend in Königsberg über „Volkspartei und evangelische Kirche“. Im Verlauf seiner Ausführungen stellte Schulz fest, daß die Volkspartei während der ganzen Beratung des Schulgesetzes in direkter Verbindung mit dem Präsidenten des Obertribunales und seinem geistlichen Stellvertreter gestanden habe. Die Haltung der Volkspartei sei fast immer ohne Ausnahme der Stellung des Obertribunals gegenüber der evangelischen Kirche entsprechen. Nur in der Frage der Stützungsfrage habe der Präsident des Obertribunales gebeten, das Reichsschulgesetz daran nicht scheitern zu lassen. Dieser Auffassung aber habe sich die Volkspartei nicht anschließen können.

In Wirklichkeit hat die Volkspartei von vornherein nicht ernsthaft daran gedacht, den Reichsschulgesetzentwurf petabulieren zu helfen. Das wird heute in maßgebenden Kreisen der Volkspartei offen zugegeben. Das Gesetz war lediglich ein Köder für das Zentrum. Daraus ist die Rolle der Volkspartei unter Leitung des Herrn Witz glänzend hervorgegangen.

Mehr Arbeiter in die Schöffen- und Geschworenengerichte.

Eine lobenswerte Verfügung des preussischen Justizministers.

Aus einer für weitläufige Kreise der Bevölkerung bedeutsamen Allgemeinen Verfügung des preussischen Justizministers wird am 18. u. a. folgendes mitgeteilt: „Dem Grundgedanken, auf dem die Einrichtung der Schöffen- und Geschworenengerichte beruht, können diese Gerichte nur dann gerecht werden, wenn nach Möglichkeit alle Bevölkerungsschichten

gleichmäßig zum Amte als Geschworene und Schöffen herangezogen werden. Bereits in der Verfügung vom 17. August 1921 ist auf diesen Gesichtspunkt und insbesondere auch auf die Notwendigkeit einer angemessenen Berücksichtigung der Arbeiterschaft und ihrer gleichberechtigten Personenzahl bei der Wahl der Schöffen und Geschworenen hingewiesen worden. Gleichwohl sind in der letzten Zeit wiederholt Klagen darüber laut geworden, daß die Arbeiter im Verhältnis zu anderen Berufsgruppen nicht in ausreichendem Maße berücksichtigt worden seien. Diese Klagen, namentlich für eine Reihe von Bezirken, begründet sind. Aufgabe des Amtsrichters als Vorsitzenden des für die Wahl der Schöffen und Geschworenen berufenen Ausschusses wird es sein, zur Beseitigung dieses Mißstandes in den Ausschüssen stets mit Nachdruck auf die Wichtigkeit einer gleichmäßigen Verteilung der Schöffen und Geschworenen auf alle Berufsgruppen, insbesondere auch auf die Arbeiterschaft, hinzuwirken.“

Deutschnationale gegen Bayerische Volkspartei.

Sie sind gegen die Konfessionalisierung der Lehrerbildung.

München, 18. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Verlauf der Bayerischen Volkspartei und ihrer Regierung, den sterbenden Landtag noch schnell für die Konfessionalisierung der neuen Lehrerbildung in Bayern auszusprechen, ist gescheitert. Die Deutschnationalen sind im letzten Augenblick aus der Reihe der Regierungsparteien ausgebrochen und haben in der Sonnabend-Sitzung des Haushaltsausschusses durch ihre Fraktionsführer erklären lassen, daß sie vorläufig nicht für die konfessionelle Ausgestaltung der pädagogischen Akademien, die als die künftigen Fachschulen der Volksschullehrer gedacht sind, stimmen können. Der Standpunkt des mit einem Vertrauensmann der Bayerischen Volkspartei besetzten Unterrichtsministeriums, daß der bayerische Staat durch das Konfessionsgesetz konfessionellen Einrichtungen der neuen Lehrerbildungsanstalten rechtlich verpflichtet sei, finde im Wortlaut der Kirchenverträge keine Stütze.

Die Deutschnationalen haben sich plötzlich also völlig auf den Standpunkt der Sozialdemokraten gestellt, die sich von Anfang an in schärferer Weise gegen die scholastische Auslegung des Konfessionsgesetzes gewandt haben. Man geht aber kaum fehl in der Annahme, daß der Umfall der Deutschnationalen rein taktischer Natur ist. Die Herrschaften wissen, daß die Konfessionalisierung der Lehrerbildungsanstalten für die Bayerische Volkspartei immer eine der wichtigsten Forderungen ist und bleiben wird, weshalb sie sich ihre Entscheidung in dieser Frage als höchwertiges Handelsschiff für die künftige Regierungsbildung nach der Neuwahl des Landtages vorbehalten wollen.

Im übrigen hat der Ausschuss beschlossen, die von der Regierung vorgelegte Denkschrift lediglich zur Kenntnis zu nehmen. Zugleich wurde ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, der die Regierung zwingt, die Neuregelung der Lehrerbildung nur auf dem Wege der Gesetzgebung durchzuführen, während die Regierung selbst den Weg einer Verordnung vorgeschlagen hatte.

Eine Rede Löbes in Kiel.

Kiel, 19. Februar. Die Sozialdemokratische Partei eröffnete den Wahlkampf mit einer großen öffentlichen Kundgebung, in der Reichstagspräsident Löbe eine Rede hielt. Er sagte u. a. aus: Die Parole, unter der die Sozialdemokraten in den Wahlkampf ziehen werden, ist einmal nach außen hin: Die Wahl soll zeigen, daß in Deutschland ein friedliches, ein freigeistiges, ein freies Volk lebt. Wir müssen den Erfolg erringen, damit im Innern der soziale Gedanke in der Republik den Sieg davonträgt über den kapitalistischen Gedanken. Wir wollen eine Volkspolitik, die den Blick vorwärts richtet in die Zukunft zu einem freien Volkstum. Unser drittes Ziel ist der Kampf für gegenseitige Hilfe. Unter Volk muß man verstehen, daß heute kein Staat mehr seine Politik und seine Wirtschaft unabhängig führen kann von seinen Nachbarn. Wir wollen Frieden mit Frankreich, trotz allem, was in der Beziehung geschehen ist. Deshalb haben wir auch Dr. Stresemann unterstützt. Weiter erklärte der Reichstagspräsident: Wir sind keine Feinde der Religion, aber die Schule gehört der Staats- und Volksgemeinschaft, in der zwei Weltanschauungen friedlich nebeneinander leben müssen. Die Sozialdemokratie ist gewillt, der Koalition gewisser Schichten des Bauernstandes, die ihr geeignete erziehende Mittel entgegenzusetzen. Wenn ich erlauben sollte, daß der ökonomische Grundgedanke unheilbar ist, dann sind wir bereit, diese Landesreize dem Sozialdemokraten zu nehmen und sie den Bauern zu geben. Zur Abschließung erklärte der Redner: Wir setzen alles daran, aus diesem Jahrmarkt des Staates einen zuverlässigen Schritt für die deutsche Republik zu machen.

Anschließend sprach die Reichstagsabgeordnete Frau Schröder. Nach Schluß der Kundgebung zog die Versammlung nach dem Neumarkt, wo der preussische Minister a. Z. Sewering eine Ansprache hielt.

Der „Stahlhelm“ stößt Mörder.

Der „Stahlhelm“ hat nach einer Meldung der deutschen nationalen Presse eine Sonderumlage von 5 Pf. angeordnet, die jeder Stahlhelmer zu zahlen hat, um angeblich den weiteren Kampf für die völlige Freilassung des Oberleutnants Schulz und seiner „Mitarbeiter“ durchzuführen. Auch dieser Vorgang zeigt, daß die Herrschaften keine Gelegenheit ungenutzt lassen, um ihre leeren Kassen wieder aufzufüllen. Ob es gelingen wird?

Die Saarverhandlungen beendet.

Paris, 21. Februar. Das französische Handelsministerium bestätigt heute, daß die Verhandlungen über die Erneuerung des Saarstatuts zum Abschluß gekommen sind, nachdem die beiden letzten Punkte hinsichtlich der Zusammenfassung des Schiedsgerichtes, bei eventuellen Streitigkeiten und hinsichtlich des Rechtes für Deutschland, im Saargebiet neue Zollstationen zu gewährleisten, ebenfalls geregelt wurden.

Die Einigung der Sozialisten in der Tschechoslowakei.

Die Zusammenarbeit macht weitere Fortschritte.

Prag, 20. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Der Wille zur Einigung und politischen Zusammenarbeit der sozialdemokratischen Parteien in der Tschechoslowakei kam in den letzten Tagen neuerdings dadurch zum Ausdruck, daß die Fraktionen der tschechischen und der deutschen Sozialdemokratie sowohl im Abgeordnetenhaus als auch im Senat aus ihrer Mitte je einen gemeinsamen Ausschuß wählten, der wiederum hier wie dort aus je drei Vertretern des tschechischen und deutschen Klubs besteht und dem die Durchführung gemeinsamer parlamentarischer Aktionen obliegt. Der gemeinsame Ausschuß des Senats hat u. a. beschlossen, die Regierung sofort über ihre Stellung zum Abschlußtag zu interpellieren.

Der Januar-Kongress der tschechischen und deutschen Sozialdemokratie und seine Beischlüsse haben, soweit sich das bisher beurteilen läßt, sowohl in der tschechischen als auch in der deutschen Arbeiterschaft lebhaften Widerhall gefunden. Zum ersten Male seit Jahrzehnten finden wieder gemeinsame große Versammlungen statt, in denen tschechische und deutsche sozialdemokratische Parlamentarier zu den Arbeitern sprechen. Die bisherigen Kundgebungen in Brünn und Trautenau ließen bereits den ersten Erfolg der gemeinsamen Politik erkennen.

Wahlterror in Bulgarien.

Sofia, 20. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonntag fanden in Bulgarien die Wahlen zu den Gemeinderatparlamenten statt. Schon während des Wahlkampfes zeichneten sich die Anhänger der Regierung durch Mißhandlungen der Opposition aus. Die Art der Einflußnahme auf die Wählerkraft erreichte am eigentlichen Wahltag ihren Höhepunkt. Fortgesetzt laufen seit Sonntag nachmittag bei dem Zentralkomitee der sozialistischen Partei aus den verschiedensten Gegenden des Landes Meldungen über schwere Mißhandlungen ein. U. a. wurde ein als Sozialist bekannter Rechtsanwalt mittels von einer schwer bewaffneten Horde trotz der angewendeten Polizei aus seiner Wohnung gezerrt, verschleppt und zu Tode mißhandelt. Die Räuber nahmen dem bewußtlosen Mann u. a. eine Geldtasche mit 2000 Lema, füllten ihm den Mund mit Rot und ließen ihn in der kalten Winternacht liegen. Erst am nächstfolgenden Tage wurde Mittel, aus zahllosen Wunden blutend, mit zerbrochenen Armen und Beinen aufgefunden und ins Krankenhaus überführt. Das ist nur ein symptomatisches Beispiel von den unzähligen Gewalttaten. Es ist kein Wunder, daß unter diesen Umständen die bisher vorliegenden Wahlergebnisse einen überlegenen Erfolg der Regierungsparteien zum Ausdruck bringen. In hundertsten von Oppositionen weißt die Opposition nicht eine Stimme auf.

Indien boykottiert England.

Das indische Parlament gegen die englische Verfassungscommission.

London, 18. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Das indische Parlament hat die Boykottierung der englischen Verfassungscommission am Sonntagabend mit 68 gegen 62 Stimmen angenommen. Die Aufforderung des Führers der nach Indien entsandten englischen Verfassungscommission an die Indianer, sich an den Arbeiten der Verfassungscommissionen zu beteiligen, ist damit abgelehnt.

Peterloem.

Roman von Upton Sinclair.

Copyright 1927 by Knopf Verlag N.Y. Berlin W. 30

(Nachdruck verboten.)

68] Auf dem Markt durch Sibirien jedoch begannen die Tschechoslowaken mit dem Beschäftigen zu kämpfen; sie bestritten deutsche Gefangene und bemängelten sich eines Teiles der Eisenbahn.

In diese Betätigung traten nun die Amerikaner ein. Die Zeitungen erklärten das Ganze folgendermaßen: Die hochschwebende Revolution war die Erhebung von Bauern, unterstützt mit den Waffen gebandelter Soldaten: Chinesen, Mongolen, Koreaner, entlassene Sträflinge und ähnlichen Volk. Ihre Herrschaft konnte nicht mehr lange währen, im August soll noch einige Monate. Es soll nur allem eine Zelle zu klopfen, was die tschechischen Russen schon konnten. Das unternehmen jetzt die Amerikaner, amerikanischen und japanische Truppen stellen in Sibirien den Tschechoslowaken beistehen; im Herbst, im Winter, aber sollten dringlich und amerikanische Truppen die russischen Tschechoslowaken organisieren.

Es kam es, daß Paul die meine Fahrt unternehme, um an der britischen Transsibirischen Eisenbahn Stationen zu besetzen und die Bahnlinie der britischen Eisenbahn Stationen zu besetzen; was sollte er nur eigenen Kassen all die unangenehme Dinge haben, über die er mit Herrn Köhler befragt ist.

Benny hat ins Spererlager; schließlich wird er an die gleiche Front zusammenzuziehen werden; — in diesem Fall würde er es nicht verweigern, das Betters Glück entgegenzunehmen. Benny hatte die Absicht, irgendwo hin zu gehen, nicht zu entscheiden; schließlich kommt Paul mit seinen Kameraden hinter sein Kommando!

Der alte Herr Wetzlar nahm seinen Platz bei den Soldaten. Ein wichtiger Teil der jetzt hat mit beiden Händen, daß die anderen von Herrn von Pauls Hals über seinen Kopf hin über Pauls Kopf, während Paul seinen Kameraden auf dem Kopf lag.

Der alte Herr Wetzlar hat auch seinen Platz mit ihm. Seine Hand geriet, um für Herrn Köhler die Sicherheit zu haben. Sei Gott, demütige Gefühle liegen einer anderen, daß Krieg sei!

17] Benny hatte noch Pauls Kopf, um die gleiche Sache zu machen. Die Gefangenen, wenn nicht, würde auch das nicht möglich. Nicht ist, er ist in der Hand, er hat seinen Kopf, er hat in den Händen, die Benny hat zum Leben anhalten.

Kapfe er an die Tür des Meisters. Die Großmutter ließ ihn ein. In der Hand hat ergrümt, nicht aber hart; nur die geröteten Ohren strahlten ihren Namen.

„Meiner Junge,“ sprach sie, „die alte Dame blieb Benny bei der alten Jung.“

„Meiner Junge,“ sprach er, „du bist das Opfer der Bestehen der alten Kamer. Heute begreifst du das nicht, aber eines Tages, wenn ich schon lange bei dir, wirst du es verstehen.“

„Sie sagte ich ohne ein weiteres Wort. Benny schlich aus dem Meistert, trauere flüster über die Wange. Er hatte das Gefühl, als begäbe er ein Verbrechen. Und dieses Gefühl wurde noch stärker, als er eine Woche später durch ein Telegramm die Nachricht erhielt, daß die Großmutter im im Bett gefunden worden war. Er erhielt für das Begräbnis drei Tage Urlaub und mußte dann ebenfalls von der ganzen Familie Abschied nehmen.“

Das Ereignis lag ihm im Gedächtnis, man schmeckte in der Erinnerung. Hier hatten sich junge Leute aus allen Teilen der Gegend versammelt, nach Eisenbahnen und Schiffen, die eben die Bahnlinie verlassen hatten, kamen zum Weinbergsgäßchen, Dampfer, Bus, Pferde, und Eisenbahnwagen, von Viehhühnern, Hühnern, Geflügelhühnern und Madonnen aus der Stadt. Benny hatte gerne gemerkt, wie diese Jungen eigentlich waren, was für Menschen sie über das Leben, die Liebe und den Krieg hatten. Benny erregte, bis zu der Stunde schmerzte, er hätte in einem Zeit, es wie ein Dämon und entwiderte sich in jeder Richtung.

„Benny hat sich für die Gegend mit einem Mädchen, das heißt er hat nicht nur den letzten Scherz gemacht, mit dem er den anderen den Kopf zu machen. Hier waren immer ein Mann mit dem Kopf, die Jungen hatten es für sich selbst empfunden, daß jeder, der das Leben verließ, hat auch einen Preis verdient. Sie erklärten einem, was man bei der Arbeit tun mußte, und es gab auch eine Schulung, so die Jungen in einer Reihe haben. Sie waren, so sie gesehen haben, so sie gesehen haben. Benny war erleichtert, wenn er sah, daß die Jungen, die sich in der Erinnerung bei dem Leben anhalten, mit dem Leben nicht verstanden haben, was Benny hat in den Händen anhalten.“

„Benny hat sich für die Gegend mit einem Mädchen, das heißt er hat nicht nur den letzten Scherz gemacht, mit dem er den anderen den Kopf zu machen. Hier waren immer ein Mann mit dem Kopf, die Jungen hatten es für sich selbst empfunden, daß jeder, der das Leben verließ, hat auch einen Preis verdient. Sie erklärten einem, was man bei der Arbeit tun mußte, und es gab auch eine Schulung, so die Jungen in einer Reihe haben. Sie waren, so sie gesehen haben, so sie gesehen haben. Benny war erleichtert, wenn er sah, daß die Jungen, die sich in der Erinnerung bei dem Leben anhalten, mit dem Leben nicht verstanden haben, was Benny hat in den Händen anhalten.“

die die Bestellungen vergeben — und wird dann bisweilen auch für die Koh Consolidated ein gutes Wort einlegen.

VII.

Der Vater schrieb lange Briefe, berichtete Benny, daß die Besprechungen mit dem neuen Kompanon bald zu einem Ergebnis führen würden. Benny sollte die Briefe gleich zurückgeben und sie nicht etwa offen umherliegen lassen. Auch in den Zeitungen wurde von der Gründung eines großen Unternehmens viel geschrieben. Im Spätsommer erhielt Benny Urlaub und fuhr heim.

„Heim“ bedeutete jetzt nicht mehr Beach City, der Vater hatte nur darauf gewartet, daß Benny die Schule beende, dann war er wieder einmal weiter gezogen. Nun bewohnte er ein palastartiges Gebäude im vornehmsten Viertel von Angel City. Die Miete betrug fünfzehntausend Dollar im Jahre.

Die Möbel waren aus Eisen und dermaßen schwer, daß kein Mensch sie rücken konnte. Doch schabete das nicht, denn der Vater wollte sie gar nicht rücken, setzte sich auf irgendwelchen Sessel, einerlei, wo er stand. Der einzige Ort, der beaglich sein mußte, war sein Arbeitszimmer, hier stand ein großer Lederfauteuil, auf dem die alten Jigarras, und ein Plan von Paradiese nach eine ganze Wandfläche ein.

Auf einem hatte der Vater geachtet: die größten Gemälde der Großmutter, das schmuckvolle Bild der herrlichen Denkmäler mit inbegriffen, hingen im Speiseaal. Die übrigen Gemälde mit den Farben, Pelletten und Stoffen, waren im Erdgeschoss untergebracht. Nun war Tante Emma die Hausfrau. Tante Emma, wenn sie sich dabei aufhielt, die Rolle der Hauptkassierin.

Auf dem Schreibtische des Vaters türmte sich ein Hauf Papier, die das neue Unternehmen betrafen. Herr Koh erklärte Benny alle Einzelheiten: Die Koh Consolidated wird mit einem Kapital von fünfzig Millionen Dollar gegründet, Herr Koh bekommt zehn Millionen in Obligationen und Darlehenszinsen, und weitere zehn Millionen in verschiedenen Aktien. Herr Koh erhält das gleiche, und verschiedene Bankiers werden für die Finanzierung des Unternehmens mit fünf Millionen beauftragt. Für den Rest von fünfundsiebzig Millionen sollen besondere Aktien an das Publikum verkauft werden, um den Ausbau des Unternehmens zu finanzieren. (Eine der größten Raffinerien des Landes, Fortschritt, neue Kohlenleitungen und eine große Reihe von Verkaufsstationen sollten angegliedert werden.) Die Aktien sollen „Kinnarechts“ sein, eine wandervolle, neue Sache. Die Aktien zu zahlen, erhalten einen Teil des Profits, dürfen aber bei der Leitung des Unternehmens nicht mitreden. (Fortsetzung folgt.)

Volksverrat aus Profitinteresse.

Zu den neuesten Beschlüssen des Vorstandes der Landwirtschaftskammer Niederschlesien.

Kr. Wir haben in den letzten Wochen wiederholt energisch Stellung nehmen müssen gegen die unsinnigen, für unsere Volkswirtschaft und die große Masse der Bevölkerung außerordentlich schädlichen, überhöhten Forderungen des Landbundes. Wir haben mit Entschiedenheit dagegen protestiert, daß das besondere Profitinteresse des Großgrundbesitzes als das Gesamtinteresse der deutschen Landwirtschaft ausgegeben wird. Unsere Kritik an den Forderungen des Landbundes ging dabei in zwei Richtungen: Einmal kritisierte sie, daß die Forderungen des Landbundes zum großen Teil den Interessen der Bauernschaft zuwider laufen, und sodann kritisierte sie, daß die Interessen der Verbraucher und der großen Massen der Bevölkerung dabei außer Acht gelassen werden, daß außerdem auch keine Rücksicht auf die schmerzliche Finanzlage des Deutschen Reiches und der Länder genommen wurde.

Diese überhöhten Forderungen des Landbundes wirken aber noch fast mächtig, wenn man sich die Forderungen anseht, die der Vorstand der Landwirtschaftskammer Niederschlesien zur Rettung der Landwirtschaft jetzt erhebt. Diese Forderungen sind so maßlos, zeugen auf der einen Seite von einer solchen Verkennung der bestehenden wirtschaftlichen und finanziellen Möglichkeiten und Verhältnisse und sind andererseits so rücksichtslos und brutal, so extrem reaktionär, daß man fast zu der Hoffnung kommen könnte, daß die Mitglieder des Vorstandes der Landwirtschaftskammer Niederschlesien ihren Beschlüssen gefolgt haben, als sie ihrer Sinne nicht mächtig waren.

Die Forderungen lauten:

Der heute zu keiner ordentlichen Tagung in schwerster Notlage zusammengetretene Vorstand der Landwirtschaftskammer Niederschlesien erhebt in letzter Stunde im Interesse der Erhaltung der deutschen Landwirtschaft in allen ihren Betriebsgrößen keine warnende Stimme. Er erachtet insbesondere folgende Maßnahmen für unerlässlich:

1. Seit Jahresfrist sind die Viehpreise sowohl für Rindvieh wie für Schweine dauernd in hartem Rückgang begriffen, so daß die auf Viehzucht und Viehwirtschaft angewiesenen Betriebe neben der allgemeinen Notlage der Landwirtschaft aufs schwerste betroffen sind. Wir müssen daher fordern, daß die unerträgliche Einfuhr fremden Viehes und Fleisches aus Gebieten mit wesentlich geringeren Produktionskosten erheblich eingeschränkt wird. Auch ist namentlich im Interesse unseres Kleinen und Kleinsten Grundbesitzes die Einfuhr tierischer Erzeugnisse wie Butter, Milch und deren Nachprodukte zu verhindern. Für Vieh, Fleisch und Viehprodukte aller Art ist sofort ein Notzollschutz in Höhe von
 - a) 50 Prozent über den jetzigen Zollschutz hinaus zu gewähren;
 - b) das zollfreie Gefrierfleischkontingent ist aufzuheben und Gefrierfleisch mit einem Zollschutz von 50 Reichsmark je Doppelzentner zu belegen;
 - c) das Einfuhrzollsystem ist auf Vieh und Viehprodukte ausgedehnt.
2. Die Einfuhrzölle für Getreide müssen in vollem Umfange aufrecht erhalten bleiben. Eine auch nur zeitweise Aufhebung darf nicht in Frage kommen.
3. Alle nicht unbedingt notwendigen Ausgaben, z. B. für neue Kanalbauten, die vielfach indirekt dem Auslande zugute kommen und die deutsche Eisenbahnpolitik schädigen, müssen bei der gegenwärtigen allgemeinen Notlage unbedingt zurückgestellt werden. Die hierfür freierwerbenden Mittel sind zu produktiven Zwecken, insbesondere zu Meliorationen aller Art, der deutschen Landwirtschaft zu verwenden.
4. Das Arbeitslosenversicherungsgesetz hat Folgen gezeitigt, welche für die Landwirtschaft untragbar sind und zu ihrer schweren Schädigung geführt haben. Wir fordern mit größter Bestimmtheit eine entsprechende Abänderung des Gesetzes. Bis diese erfolgt, müssen bei der Kontingentierung der Zulassung ausländischer Arbeiter die Bedürfnisse der Landwirtschaft und insbesondere des Kleinen und Mittelbesitzes in weitestgehendem Maße berücksichtigt werden. Auch sind geeignete Maßnahmen zu treffen, daß die für die schlesische Landwirtschaft untragbare Abwanderung einheimischer ländlicher Arbeiter aus Schlesien unterbleibt. Schließlich muß die Produktionsfähigkeit der Landwirtschaft durch strafrechtliche Verfolgung von Kontraktbruch gesichert werden, unter dem die Landwirte aller Besitzgrößen leiden, besonders aber die bäuerlichen Besitzer, welche vornehmlich unverheiratete Arbeitsträger beschäftigen.
5. Erneut muß die Landwirtschaftskammer die Staatsregierung dringend bitten, die Entschädigung der Landwirtschaft, verbunden mit einer den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechenden Zinsverbilligung energisch in Angriff zu nehmen. Nur hierdurch kann der deutsche Landwirt auf seiner Scholle erhalten bleiben.
6. Wir müssen eine wesentliche Herabsetzung der untragbaren Steuerlasten fordern, insbesondere sind die Rentenbankgrundschuldzinsen auf das Reich zu übernehmen und die Grundvermögenssteuer aufzuheben.

Zunächst muß es als eine Unverschämtheit sondergleichen bezeichnet werden, daß der Vorstand der Landwirtschaftskammer Niederschlesien im Namen der gesamten deutschen Landwirtschaft in allen ihren Betriebsgrößen zu sprechen behauptet. Jedermann und auch der Vorstand der Landwirtschaftskammer weiß ganz genau, daß das eine Unwahrheit ist, da das Wahlrecht der Landwirtschaftskammer derart ist, daß die große Masse der Klein- und Mittelbauern auf die Zusammenlegung der Landwirtschaftskammer keinerlei Einfluß hat. Wäre die Behauptung aber auch richtig, so würde dadurch die Sache nicht besser, weil man dann dem Vorstand der Landwirtschaftskammer den Vorwurf machen müßte, daß er die Interessen seiner Auftraggeber in schamlosester Weise verrät. Denn das vorstehend abgedruckte Programm schlägt den Interessen der Kleinen und mittleren Bauern geradezu ins Gesicht. Es dient lediglich den Interessen des Großgrundbesitzes. Das geht allein schon daraus hervor, daß in dem Programm überhaupt nicht die Forderung auf Aufhebung der Futtermittelzölle aufgenommen ist, obwohl diese Forderung diejenige ist, die am meisten im Interesse der Kleinen und mittleren Bauernschaft liegt. Werden doch durch die Futtermittelzölle die Produktionskosten der Viehzucht umfaßt, daß gerade aus den Futtermitteln die mangelnde Konkurrenzfähigkeit der deutschen Viehproduktion, über die jetzt so lebhaft geklagt wird, folgt. Der Pommerische Bauernbund und der Schlesische Bauernverein, zwei wirkliche Bauernorganisationen, haben denn auch erst jüngst die Aufhebung der Futtermittelzölle verlangt.

Wir wollen uns hier nicht länger aufhalten, daß der Vorstand der Landwirtschaftskammer natürlich auch die

Einschränkung der Einfuhr fremden Viehes und Fleisches verlangt. Angesichts der Tatsache, daß die Preispanne zwischen polnischem und niederschlesischem Vieh schon fast ganz dahingehschwunden ist, wirkt sie auf den Kenner einfach komisch. Wir brauchen deshalb auch nicht länger dabei zu verweilen, daß gegen die Forderung nach 50prozentiger Erhöhung der jetzigen Vieh- und Fleischzölle und nach Aufhebung des zollfreien Gefrierfleischkontingents nicht nur vom Standpunkt der großen Massen der Verbraucherschaft aus, denen das Leben dadurch masslos verteuert wird, protestiert werden muß, sondern auch vom Standpunkt der Landwirtschaft selbst aus, da die Durchführung dieser Forderung lediglich zur Folge haben würde, daß die Produktionskosten und damit die Preise der Industrieprodukte noch weiter steigen und infolgedessen auch die Produktionskosten der Landwirtschaft selbst noch mehr in die Höhe getrieben würden, als es bisher schon der Fall war. Wenn der Landwirtschaft geholfen werden soll, müssen ihre Produktionskosten gesenkt werden, damit sie durch Senkung ihrer Preise ohne Verluste wieder konkurrenzfähig wird. Es sei deshalb nur noch erwähnt, daß diese Forderungen unter 1 vor allen Dingen auch einen Verrat an der niederschlesischen Wirtschaft darstellen, da sie auf eine Sabotage des Handelsvertrages mit Polen hinauslaufen, der eine Lebensnotwendigkeit für die schlesische Wirtschaft bildet. Wie gleichgültig dem Vorstand der Landwirtschaftskammer Niederschlesiens das Wohl und Wehe der schlesischen Wirtschaft ist, zeigt auch Punkt 3 seiner Forderungen. Die Erhebung dieser Forderung ist nichts anderes als ein Dolchstoß in den Rücken der niederschlesischen Wirtschaft, eine hinterlistige Sabotage des Sanierungsprogramms, das erst kürzlich die gesamte niederschlesische Wirtschaft aufgestellt hat, und der Aktion der Provinzvertretung und der wirtschaftlichen Verbände der Provinz in Berlin um die Erlangung einer staatlichen Hilfe für die notleidende Provinz Schlesien. Der Ausbau der Kanalbauten, gegen den sich dieser Punkt richtet, ist eine der dringlichsten Forderungen des Sanierungsprogramms. Sowohl die Möglichkeit der Fortsetzung des deutsch-ober-schlesischen als auch des niederschlesischen Kohlenbauens hängen wesentlich von der Durchführung dieser Kanalbauten mit ab.

Sich selbst an Brutalität und Rücksichtslosigkeit übertrifft aber der Vorstand der Landwirtschaftskammer im Punkt 4 seiner Forderungen. Hier wird nicht mehr und nicht weniger verlangt, als die Rückgängigmachung aller sozialpolitischen Schutzmaßnahmen für die Landarbeiterschaft, die in den letzten zehn Jahren erkämpft wurden, und die noch außerordentlich unzureichend sind, ja darüber hinaus eine neue Beseitigung der Landarbeiterschaft. Es wird ein Ausnahmerecht gegen die Landarbeiterschaft, das auf die Wiedereinführung der Leibeigenschaft hinausläuft. Das ist die Forderung, nach einer strafrechtlichen Verfolgung von Kontraktbruch durch Arbeiter. Diese Forderung stellt eine solche Ungeheuerlichkeit dar, daß man glauben möchte, daß der Vorstand der schlesischen Landwirtschaftskammer seine Beschlüsse im Alkoholrausch gefaßt hat.

Hier werden die ganzen Grundlagen unseres heutigen Staats- und Gesellschaftslebens glatt verneint. Hier wird die rechtliche Unrechtlichkeit der Landarbeiterschaft gefordert. Nirgends gibt es heute eine strafrechtliche Verfolgung des Kontraktbruchs, der eine privatrechtliche Angelegenheit, keine öffentlich-rechtliche ist. Gegenüber dieser Forderung erscheint die andere nach der Abänderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes fast als maßvoll, obwohl gerade erst jüngst im Reichstage von zuständiger amtlicher Stelle aus bewiesen worden ist, daß für diese Forderung nicht der geringste Grund besteht, daß die Schwierigkeiten in der Landarbeiterschaft vielmehr auf ganz andere Ursachen zurückzuführen sind.

Wie wenig es dem Vorstand der Landwirtschaftskammer darauf ankommt, ob die Finanzen des Reiches gesund sind oder gerettet werden, zeigt die letzte Forderung, in der die Übernahme der gesamten Rentenbankgrundschuldzinsen auf das Reich und die Aufhebung der gesamten Grundvermögenssteuer verlangt wird. Daß die Durchführung dieser Forderung den Staatsbankrott unmittelbar zur Folge haben müßte, ist diesen Leuten ganz egal. Sie pfeifen auf die Verantwortung für den Staat und auf das Wohl der Allgemeinheit, wenn dadurch nur ihre niedrigen Geldzinsen gefördert werden.

So sagt man wohl nicht zu viel, wenn man diesen Beschluß des Vorstandes der Landwirtschaftskammer Niederschlesien als ein Dokument schlimmster deutscher Kulturverrat bezeichnet und als einen glatten Landesverrat. Der Beschluß zeigt, daß der Vorstand der Landwirtschaftskammer Niederschlesien jedes Verantwortungsgefühl für Staat und Volk verliert, und wie notwendig es ist, daß möglichst bald das Gesetz über die Landwirtschaftskammern von Grund aus revidiert, das Wahlrecht völlig geändert wird, und daß für eine vollkommen andere Zusammenlegung dieser öffentlich-rechtlichen Vertretungskörperschaft gefordert wird. Die gegenwärtig bestehende Landwirtschaftskammer und ihr Vorstand haben sich als völlig unfähig und unwürdig erwiesen, öffentlich-rechtliche Funktionen länger auszuüben. Wir werden dafür sorgen, daß der neue Preussische Landtag dieser Körperschaft möglichst schnell und gründlich ihr volkschädliches Handwerk legt.

Frankreich und Spanien einig.

Paris, 21. Februar. Nach halboffiziellen Meldungen aus Madrid sind die französisch-spanischen Langzeitverhandlungen nun tatsächlich zum Abschluß gekommen. Spanien erhält demnach entsprechend seinen Forderungen, die allerdings wesentlich beschnitten wurden, einen größeren Maß an der Polizei- und der allgemeinen Verwaltung. Das Abkommen wird nicht in Form eines formellen Vertrages, der etwa von den beteiligten Mächten unterzeichnet werden müßte, sondern in Form einer gewöhnlichen allmählichen Vereinbarung niedergelegt. Es werden nunmehr Verhandlungen in London und Rom angestrebt, um auch die Zustimmung von England und Italien einzusparen.

Die neuen Sicherheitsverhandlungen

Sensationelle Vorschläge Deutschlands.

Genf, 20. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Die ersten Sitzungen des zweiten Tages der Sicherheitskommission zeigten mit voller Klarheit die drei verschiedenen Ausgangspunkte und Strömungen, die in dieser Frage in der Westpolitik vorhanden sind. Der Kommissionsvorsitzende Benesch ging in seiner Darlegung der bisherigen und zukünftigen Arbeit davon aus, daß es gete, durchführbare Wege zur Erhöhung der Sicherheit zu finden und hielt sich im übrigen an die vorhandenen Referentengutachten. Lord Cushendun, der neue englische Delegierte, wies dagegen auf das im Völkerbundsvertrag enthaltene Abrüstungsziel hin und betonte als Hauptaufgabe der Kommission die Feststellung der durch die Existenz des Völkerbundes und die Schiedsverträge schon gegebenen Sicherheit in der Welt, um so dem Abrüstungskomitee eine sichere Unterlage für das Maß der Herabsetzung der Rüstungen zu geben.

Der deutsche Staatssekretär z. D. von Simson deutete auf das im Verfallener Diktat vorhandene Abrüstungsversprechen und den vorhandenen Rüstungsunterschied hin. Er stellte drei Vorschläge zur Kriegsvorbereitung zur Diskussion. Der Völkerbund solle während der Schlichtungsverhandlungen in politischen Konflikten verfügen, daß jede Veränderung des Status quo oder jede Maßnahme, die dem Schiedspruch vorgreifen will, durch einen der Streitenden unterbleibt. Zweitens soll der Völkerbund die Mobilisierung während eines Schlichtungsverfahrens verbieten. Ist es schon zu kriegerischen Zusammenstößen gekommen, so habe der Völkerbund Waffenstillstand auf Grund völliger Gleichstellung der beiden Gegner zu gebieten. Um dem Rat den Beschluß solcher Maßnahmen zu erleichtern, sei die deutsche Regierung bereit, einer Aufhebung der bisher im Völkerbundsvertrag vorgesehenen Einstimmigkeit im Rat für solche Fälle zuzustimmen.

Diese sensationelle Erklärung erregte großes Aufsehen und dürfte ein Hauptpunkt der kommenden Verhandlungen werden. Dagegen lehnte der deutsche Vertreter die Möglichkeit, alle Reibungen durch regionale Verträge zu verhindern, ab, da Regionalverträge zu verkappten Militärbündnissen führen könnten und nur dort wirkliche Befriedung bedeuteten, wo die innere Zustimmung der Völker hinter ihnen stünde. Grundföhrlich betonte er, daß auf jeden Fall die internationale Herabsetzung der Rüstungen das wirksamste Mittel zur Erhöhung der Sicherheit in der Welt sei und Deutschland die Auffassung habe, daß die Herabsetzung der Rüstungen auch bei nur geringen Ergebnissen der Sicherheitsberatungen zu erfolgen habe.

Die Wichtigkeit der deutschen Anregungen wurde von dem japanischen Delegierten hervorgehoben, während der Pole, der als Leiter in der Nachmittagsitzung sprach, den Abschluß von Nichtangriffspakten mit der Verpflichtung gegenseitiger Unterstützung bei Angriffen durch einen dritten Staat für nötiger hielt. Er betonte, daß man ohne erhöhte Sicherheit nicht zu einer Abrüstung schreiten könnte. Die Diensttagssitzung wird wahrscheinlich eine Rede Paul Boncourts bringen.

Die polnisch-litauische Verhandlungskomödie.

Der sich mühsam hinschleppende polnisch-litauische Notenwechsel hat die polnisch-litauische Enzianpannung noch nicht auf einen Weg der Verwirklichung geführt. Der tiefere Grund der Unfruchtbarkeit dieses Notenwechsels beruht — abgesehen von dem unlöslichen Gegensatz in der Winafrage — ohne Zweifel in den ganz verschiedenen Tendenzen auf beiden Seiten. Woldemaras möchte das Maß des direkten polnisch-litauischen Beziehungen so eng wie möglich halten, während Polen von einem gegenseitigen Bestreben ausgeht. Auf Grund dieser verschiedenen Tendenzen ist man auch auf beiden Seiten zu einer völlig abweichenden Auffassung des Beschlusses der letzten Ratstagung des Völkerbundes gelangt, die beiden Staaten die Annäherung direkter Nachbarbeziehungen auferlegte.

Wenn daher Polen in seiner letzten Note an Litauen in ultimativer Form die Frage stellte, ob Litauen den Beschluß des Völkerbundes ausführen wolle oder nicht, so ist diese Frage nicht glücklich gewählt. Selbst eine Bejahung von litauischer Seite würde nichts bedeuten, da Litauen eben über die Bedeutung dieses Beschlusses anderer Ansicht ist. Ueberhaupt ist die anscheinend von militärischem Geist diktierte Sprache dieser Note wenig glücklich. Auch in französischen Kreisen hat sie eine Kritik in diesem Sinne erfahren. Neugierig interessant ist in diesem Zusammenhang eine Barthelemy Korrespondenz des „Matin“ vom 15. Februar, die einen stark offiziellen Charakter trägt. In dieser Korrespondenz wird nämlich der brüske Charakter der letzten polnischen Note offen zugegeben und mit der Absicht entschuldigt, der litauischen Sabotage des Ratsbeschlusses, die das Prestige des Völkerbundes bedrohe, ein Ende zu machen. Es ist sicher erfreulich, daß Polen um das Ansehen des Völkerbundes so besorgt ist; bei manchen Entschädigungen des Völkerbundes gegen Polen hat die polnische Regierung eine ähnliche Besorgnis vermissen lassen. Aber bei den ohnehin scharfen polnisch-litauischen Gegensätzen sollte man in Warschau die Warnung des Prestiges des Völkerbundes Litauen gegenüber am besten dem Völkerbund selbst überlassen. Litauen hat sich bisher mit der Antwort Zeit genommen. Es heißt, daß sie nunmehr beantwortet und Litauen dabei einen früheren Gedanken wieder aufgreifen und die Teilnahme eines Ratstagungsgliedes an den polnisch-litauischen Besprechungen vorschlagen will. Dieser Gedanke wäre sehr zu begrüßen. Die Beteiligung eines unparteiischen Dritten würde eine dauernde mögliche und vermittelnde Einwirkung bedeuten, und der Bedarf hieran bei polnisch-litauischen Verhandlungen dürfte sehr stark sein. Jedenfalls aber sollte die Ratstagung des Völkerbunds rats an dem Fortschreiten der von dem Rat eingeleiteten Aktion in der Frage des polnisch-litauischen Konflikts ein ernstes Interesse nehmen und auf praktische Mittel bedacht sein, die beiden feindseligen Nachbarn endlich an den Verhandlungstisch zu bringen.

Die Verschrottung der italienischen Waffen bestätigt.

Genf, 21. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Direktion der ungarischen Staatsbahnen bestätigt jetzt, daß die in St. Gallen beschlagnahmten italienischen Waffen auf Veranlassung des ungarischen Bundesverteidigungsministeriums in ungarischen Werkstätten verschrottet werden sind. Die Verschrottung des verbleibenden Materials soll am 24. Februar im Wege einer Versteigerung stattfinden, nachdem der Urheber der Verschrottung nicht zu ermitteln gewesen sei.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 21. Februar 1928.

Der Schüler-Prozess.

Er hat sie alleamt am Genid — dieser Prozess: die Großstadt, die Kleinstadt, den Freigeist, den Spieler, den Bürger und den Proleten. Und so geistert er durch die Zeitungsblätter hinweg durch die Bahnhöfe, Wartehallen, Wochenmärkte, Friseurbuden, Kaufhäuser, Straßenbahnen. Irgendwo explodiert er immer wieder einmal und schmeißt ein paar Stinbomben um sich. Das ist aber doch zu toll! Höcht eine ältliche Jungfer und heugt sich purpurrot über den Generalanzeiger, der, mit Prozess-Zeichnungen bedeckt, auf ihrem verstaubten Schoß liegt. „Wirklich unerhörte!“ bekräftigt ihr der Geheimrat mit dem goldenen Kneifer und dem Kaiser-Franz-Joseph-Gebächtnis-Bart auf der anderen Seite. Eine Schamlosigkeit allerersten Ranges! Ichundiert ihm die Anstöß nehmende Dame, „wie kann man vor Gericht halbwürdige Mädchen heranzüchten!“ Sehr richtig! Gnädige Frau! Dieser Prozess zeigt den ganzen moralischen Niedergang der neuen Zeit! Und die Zeitungen drucken dazu noch in voller Breite jede einzelne Schweinerei! „Unerhörte!“ „Unerhörte!“ Das Publikum der Zweisprache ist, wie überall, in seiner Meinung völlig geteilt. Die älteren Damen nicken bedächtig mit ihren Fingerringen. Die älteren Herren brummen zornige Worte vor sich hin. Ein paar armelig gekleidete Frauen wagen es nicht, den Groll der vornehmen Leute auf sich zu laden. Nur irgend ein Prolet erstreckt sich, das Maul aufzureißen und ihnen eine Kastei zwischen die Bratenröde und Kapotzhüte hinauszuliefern: „Die Zeitungen? Die Zeitungen? Das ist ja alleamt euer Gewächs! Erst wollt ihr Sensationen von ihnen haben, wenn aber dann mal ein frecher Primaner, dem ihr die Bißle in die Hand drückt mit euren Jungdos- und Werwolf-Verbänden, losknackt, dann schreit ihr Jeter und Mordiol! Wenn mal ein frecher Badisch, der nicht genug Jungens zum Pouffieren kriegen kann, vor Gericht durchschleuft wird, so wie er ist, dann jammert ihr um die gefährdete Sittlichkeit!“ Ein Murren ist hörbar: „So eine Freiheit!“ Die armeligen Frauen aber kriegen plötzlich einen gewaltigen Mut und plagen los: „Recht hat er! Recht hat er — der Mann da draußen!“

Vier Jahre Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Die im Februar 1924 erfolgte Gründung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, jener über den Parteien stehenden Organisation zum Schutze der gefährdeten Republik, war am Sonntag dem Breslauer Ortsverein Anlaß, die vierte Niederkehr des Gründungsstages selbst zu begehen. Trotz ungunstiger Witterung wies der vorgesehene Aufsicht eine rege Beteiligung auf und zeigte der Definitivität wieder einmal, daß die Bataillone zum Schutze des neuen Staates auch heute noch wie ein Mann stehen. Abteilungsweise marschierten die Banner nach dem Schloßplatz, wo sich der Ortsverein zum Festmarsch formierte. Mit wehenden Fahnen und klingendem Spiel schloß sich der Zug gegen 3 Uhr in Bewegung und marschierte, von einem zahlreichen Zivilistenpublikum flankiert, durch die Schweidnitzer und Junkenstraße, über den Christophersplan, durch die Ohlauer, Klosterstraße und Weidendamms nach dem „Lunapark“, wo ein Vorbesitzer des großen Fuges an dem Orts- und Gaudiorand erfolgte. Anschließend versammelten sich die Kameraden in den Sälen des „Lunaparks“, die schon von einem zahlreichen Publikum besetzt waren. Nach einigen Begrüßungsworten des Ortsvereinsvorsitzenden, Kameraden Rother, hielt Kamerad Hugo Frey vom Gaudiorand eine zündende Festansprache. Erinnerung an die Zeit der Ruffsch gegen die junge Republik führte der Redner aus, daß sie zwar durch den Willen der Massen niedergeblich waren, aber innen- und außenpolitischen, sowie wirtschaftlichen Schaden im Gefolge hatten. Seit vier Jahren haben wir keinen Ruffsch mehr erlebt. Das damals zu einer Notwendigkeit gewordene Reichsbanner hat Ruhe geschaffen. Wenn heute in linkspolitischen Kreisen vielfach das Reichsbanner für überflüssig gehalten wird und man der Meinung ist, daß es vom Schauplatz verschwinden könne, so ist jenen Schmeißern entgegenzuhalten, daß die Republik noch nicht so gefährdet ist und das Reichsbanner die Pflicht hat, auf dem Posten zu bleiben. Die Stachelnbanden haben ihre Ruffschpläne nicht aufgegeben. Wenn die in den verschiedenen Prozessen aufgedeckten umstürzlerischen Bestrebungen vereitelt wurden, so ist es

Wer will einmal tüchtig lachen?

Gelegenheit, einmal tüchtig zu lachen, bietet sich demnächst auf der nächsten Veranstaltung des Arbeiterbildungsausschusses Breslau. Es handelt sich um den bunten Abend des politischen Kabarets

„Die Wanderratten“

Der am Mittwoch, den 20. Februar, abends 8 Uhr, in den Zentralhallen, Westendstraße, stattfindet.

Die Wanderratten sind eine Künstlervereinigung, die satirisch-politische Vorträge hält, in denen die politischen Ereignisse und gesellschaftlichen Erscheinungen unserer Zeit vom Standpunkt der Sozialisten und Republikaner in humorvoller Weise verurteilt werden.

Vorgetragen wird unter anderem das Gedicht „Die Wanderratten“ von Heinrich Heine. Ferner satirisch-politische Gedichte von Arno Holz, Giesbrenner und wiederum von Heine. Auch Gesangsstücke belegen das Programm. So werden zwei Proletenlieder von Claus Clauberg gesungen, und zwar „Die modernen Barbaren“ von Hendell und „Der Revoluzzer“ von Erich Mühsam.

Den zweiten Teil des Abends füllt eine politisch-satirische Revue aus „Was uns fehlt“. Auf einen Prolog folgen die Abschnitte „Vorwärts“, „Die Reichsversammlung“, „Die Extramur“, „Der Mann vom Mond“, „Doorn“, „Es geht uns immer besser“, „Zeitung, Zeitung!“, „Arrest“, „Die Soldaten der Zukunft“. Die Beiträge sind verfaßt von Clauberg, Rabund, Kroner und Mühsam. Das Ganze wird mit Musik belebt und nach moderner Weise inszeniert.

Zur Beachtung!

Der Eintrittspreis beträgt 60 Pf.; für Erwerbslose und Jugendliche aber nur an der Abendkassse 30 Pf. Der Vorverkauf beginnt morgen, Mittwoch, den 22. Februar, an den bekannten Vorverkaufsstellen des Arbeiterbildungsausschusses. Unter anderem in den beiden Volkswachtbuchhandlungen, Neue Lotharstraße und Neue Graupenstraße, im Parteisekretariat, Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße 17, Zimmer 36, ferner im Restaurant des Gewerkschaftshaus. Weitere Vorverkaufsstellen werden noch bekanntgegeben. Arbeiterbildungsausschuß Breslau.

auch Generting zu danken, der durch sein Wirken in der Preußenkoalition Deutschland vor der Bestätigung gerettet hat. Die benutzene Sprache der Republik und Reichswehr und Polizei, aber die Reichswehr ist noch weit vor ihrem wahren Betreue entfernt, deshalb wäre es ein Schwereverbrechen an den eigenen Klassengenossen, das Reichsbanner zu zerbrechen. Wäre es nicht gewesen, hätten die Ausschüsse dem Faschismus längst die Wege gebahnt, mit dem Unterschied, daß er noch schlimmer in Erscheinung getreten wäre als in Italien. Wenn das Reichsbanner seine Aufgaben erfüllt haben würde, wird es den Schauplatz verlassen, aber dieser Zeitpunkt dürfte erst kommen, wenn die republikanischen Parteien über eine Zweidrittelmehrheit im Reichstage verfügen. Vorwärts gilt es noch verschiedene Aufgaben zu erfüllen. Es ist anzustreben, daß durch Erweiterung des Republikanischen Gesetzes den Beamten Gehalt oder Pension entzogen werden kann, wenn sie sich staatsfeindlich betätigen. Wenn eine andere Justiz, wenn die Regelung der Schlaggenfrage und die Säuberung der republikanischen Nachmittels von Monarchisten durchgeführt sein werden, wenn die Justiz nicht mehr jeden Mordtöben zum Nationalhelden wird humpeln können, dann sind die Aufgaben des Reichsbanners erfüllt. Unter Nationalhelden verstehen wir Männer, die sich für die Republik einsetzen, die unter Sühnung ihres Lebens Verantwortung übernehmen. Solche Männer waren Käthehnau, Erberger und unser unangenehmer Ebert. Dem ersten Reichspräsidenten zu Ehren wird das Reichsbanner Breslau ein Denkmal schaffen und sich nicht beirren lassen, durch anders geartete Auffassungen. Wie durch die Platerie Ferdinand Lassalles das Proletariat seinen großen Toten ehrt, so soll auch dem Märtyrer der Republik ein Denkmal für Zeit und Ewigkeit errichtet werden, der die Jugend zum Nachstreben anfeuert. Die Freien Gewerkschaften Breslaus haben sich bereit erklärt, mit dem Reichsbanner gemeinsam das Denkmal zu schaffen.

Mit der Feier der Bundesgründung läßt sich gleichzeitig ein anderes erfreuliches Ereignis verbinden. Die große Meiste des Bürgerblades, der nicht durch Opposition gestärkt wurde, sondern an seiner eigenen Unfähigkeit zerbrach. Die großen Männer, die Deutschland im Jahre 1914 zu Giano und Reimium führen wollten, sind mit ihrer Politik gescheitert. Damit ist die große Stunde des Reichsbanners gekommen, denn nicht um Barolen, wie etwa das Schulgesetz, geht die Entscheidung. Sie schwarz-weiß-rot — hier schwarz-rot-gelb ist die Lösung. Es geht um Sein oder Nichtsein. Eine letzte Machtprobe beabsichtigen die Großkapitalisten, indem sie drohen, zwei Millionen Menschen dem Elend preiszugeben, damit sie erreichen, was sie erstreben, die Diktatur mit Hilfe des Artikels 48 der Reichsverfassung. Wenn, die diese Bestrebungen unterstützen oder herbeiwünschen, sei verächtlich, daß das Reichsbanner wie ein Mann aufsteht und für die Republik kämpfen würde. (Beifall.) Dann hieße es aber, seinen Tisch zu machen. Mit dem Hinweis, daß im 5. Reichsbannerjahre die ganze Welt gespannt auf Deutschlands politische Entscheidung blickt, beendete Kamerad Frey seine Ansprache mit den Worten:

Trommeln voran! Hörsting führt an! Tag es das Leben auch kosten! Immer zum Spiel! Freiheit das Ziel! Schet, es dämmer: im Osten!

Nach der mit Beifall aufgenommenen Ansprache trat zum ersten Male die Schupportabelle vor die Öffentlichkeit, die durch gymnastische Übungen und ein von den Sportlern dargestelltes „Frei Heil!“ ebenfalls Beifall auslösten. Musik und Tanz hielten die zahlreichen Gäste, unter denen man auch den Herrn Polizeipräsidenten Kleibömer bemerkte, noch lange beisammen.

Genossen vom Sandtor.

Von der Arbeit der Arbeiterjugend erzählt auch der Elternabend der Sozialistischen Arbeiterjugend, Heim 3, am Sonnabend, den 25. Februar, in der Aula der Vonderbüchse. Erste und heitere Spiele, Lieder, Rezitationen, Länze usw. füllten das reichhaltige Programm. Beginn: Punkt 20 Uhr. Eintritt: Erwachsene 25 Pf., Jugendliche 15 Pf. Wir bitten um recht zahlreiche Beteiligung.

SPD, Abteilung Sandtor.

Sozialistische Arbeiterjugend, Heim 3.

Volkshund für Winterjahre und Sexualhygiene. Seit Dienstag, abends 8 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus eine Mitgliederveranstaltung statt. Als Referent ist Genossin Frau Krause aus Freiburg gemeldet worden. Das Thema behandelt das Interesse aller Arbeiterinnen. Zu den Versammlungen haben Gäste einmal Zutritt.

Der Prozess des Stadtmannes Paul.

Die Verfehlungen des Stadtmannes Paul liegen bereits bis in das Jahr 1925 zurück; doch nun scheint das Verfahren endlich zu einem Abschluß zu gelangen. Eine Anzahl Gutachten standen noch aus, die nunmehr eingegangen sind. Es werden nun noch einige Nachvernehmungen stattfinden, und dann dürfte es zur Erhebung der Anklage kommen, die auf Amtsverbrechen, bzw. Beihilfe dazu lauten wird. Außer Paul sollen noch sechs weitere Beamte und Angestellte der Städtischen Giroabteilung auf der Anklagebank erscheinen. Vor dem Sommer dürfte die Verhandlung, die mehrere Tage dauern wird, kaum stattfinden.

Der Prozess Sellin.

Nach immer ist kein neuer Verhandlungstermin in Sachen des Landgerichtspräsidenten Sellin angekündigt worden. Er wird heimlich auf seinen Geisteszustand beobachtet. Die Beobachtung erfolgt durch Geheimrat Professor Dr. Wollenberg und Professor Pietruska. Da sich Sellin bald nach Vertagung der ersten Verhandlung in Behandlung begeben haben dürfte, sind darüber mehr als zwei Monate vergangen. Es scheint also nicht ganz einfach zu sein, seinen Geisteszustand zu ermitteln.

Der Mord auf der Krullstraße.

Die in das hiesige Untersuchungsgefängnis überführten Josef Friedel und Marie Göhl, die verdächtigt werden, an dem Mord an der Städtischen Krullstraße beteiligt zu sein, wurden am Sonnabend dem Ermittlungsrichter zur Vernehmung vorgeführt. Sie wurden nur ganz kurz vernommen, bleiben aber weiter in Haft.

Achtung, Herr Wohnungskommissar!

Wo bleibt die Antwort auf das Eingekandt vom 21. Januar wegen der Wohnung Kohlenstraße 9, Hinterhaus, parterre. Ist sie schon vermietet? Ich glaube wohl nicht. So bitte ich doch das Wohnungsamt, die Sache einmal härter und energischer anzupacken. Oder soll die Sache noch weiter verschleppt werden? Ich bitte, daß der Punkt endlich einmal erledigt wird, sonst müßte ich mich an eine höhere Instanz wenden. Ein Funktionär der Abteilung Oertor.

Theater und Musik.

Stadtheater.

„Die lustigen Weiber von Windsor.“

Otto Nicolais meisterliche Faststaff-Oper steht nun in neuer musikalischer Vorbereitung und neuinszeniert wieder im Plan. Professor Josef Turnaus Regie hielt sich an den phantastischen Teil des „Lomisch-phantastischen“ Werkes und vertrieb jede, neuerdings so beliebte, Abgleitung in groteske Ueberreibung. In enger Anlehnung an den musikalischen Charakter bevorzugte er den feinstylischen Stil. Diese musikalische Einleitung zeigte sich im Zusammenpiel vom fein nuancierten Singschubert der beiden Frauen an bis zum witzvoll durchsinnig durchgeführten nächsten Spul. Faststaffs Aneinanderreihen der Folgen ihres Textlaufens freilich nicht in so wohlgeordneter Ordnung befragen. Professor Hans Wilderzmanns sehr frei entworfene Bühnenbilder blieben im großen und ganzen den Turnauschen Grundrissen getreu; auch sie hielten sich mit Ausnahme des Mondgestirns im letzten Akt — wohl eine sinnige Anspielung auf Faststaffs Glage? — von Lomischen Ueberzeichnungen fern. Herr Huths Wohnung hatte auf einer etwas engen Stühlfühne Platz gefunden, die kaum den Bemachern und der Nachbarfamilie, geschweige denn der Rundlichkeit Faststaffs oder gar den zahlreichen Besuchern ausreichenden Raum bot. Auch die Partianlage war etwas danebengegriffen: sie schmeckte durchaus einer Friedhofgruft. Anerkennung verdient das gelungene Malbild. Die musikalische Leitung Ostor Freuh beschränkte sich nicht auf eine nur laubere instrumentale und gelanglich gut abgestimmte Wiedergabe, sondern beachtete den feinen romantischen Unterton. Dadurch fand bereits die Oper eine vorzügliche Darstellung.

Das Ensemble stellte sich auf die Wünsche der beiden Leiter ein. Julius Wilhelmis zu seinen Meisterleistungen zahlender Faststaff ist hinlänglich bekannt. Er ließ ihm wiederum Jäger nachlässigen Humors. Sylvia Keller-Altheim ist den gelanglichen, Pflichten der Frau Huth gewachsen, der großen Arie schloß allerdings manches an Lomischer Gestaltung: die Gebärden mußten Leser aus der Rede fliegen. Margarete Wisler fand sich geschickt mit der Frau Reich ab. Allerdings wirkte sie als Mutter der heitersfähigen Anna reichlich jung. Steinachern waren zu Sir Faststaffs Zeiten noch nicht modern. Karl August Reumann konnte gelanglich als Huth bestreiden.

keine Eiferjucht hatte aber einen allzu mäßigen Charakter. Der Auffotener Paul Reinedes findet neuerdings Verwendung im Iyrischen Juch: sein Genion kann sich hören lassen. Hilde Armbruster (Anna), Gerd Herm Andra (Reich), Hans Baron und Gottlieb Zeithammer paßten sich sehr gut ein. — Das nicht sonderlich gut besetzte Haus war beifällig gestimmt. W. S.—der.

Schlesische Gesellschaft für Erdkunde zu Breslau G. V.

Am Freitag, den 17. Februar, hielt der Direktor des Geologischen Instituts der Universität Breslau, Herr Professor Dr. Szeergel, in der Nat.hiasanstalt einen Vortrag über „Die Eiszeit“. Vor unserer geologischen Gegenwart, so führte der Redner aus, waten große Teile Nordamerikas und Nordamerikas von einer mächtigen Inlandeisbedeckung, die in Europa bis 49 Grad, in Amerika bis 39 Grad nördlicher Breite gereicht hat. Die Mächtigkeit dieser Eisbedeckung wird der heutigen von Grönland bzw. der Antarktis, wo sie 1800 bis 2500 Meter beträgt, ungefähr gleichgekommen sein. Circa 20 Kilometer nördlich der Südgrenze des Inlandes muß dieses, wie in Thüringen zum Beispiel nachzuweisen ist, eine Dicke von 200 Meter besessen haben. Wenn man für die Eislast nur ein ganz minimales Gefälle, etwa 1/4 Grad annimmt, so hat diese im Gebiete der Ostsee schon eine Mächtigkeit von 1000 Meter erreicht. Durch die Last des Eises sind die von ihm bedeckten Landmassen in die Tiefe gedrückt worden, was wir aus den rückläufigen bis in die Gegenwart dauernden Hebungsercheinungen Skandinavien nachweisen können. Nach Beendigung dieser Vortragslichen Auswertungen der Sitzung ging der Redner auf die Eiszeitbildung der vereisten Gebiete über. In seinen Randpartien hat das Eis die ausgeschmolzenen mitgeführten Schuttmassen fallen lassen und zu Grundmoränen aufgeschüßt. Vor diesen Grundmoränen hat dann das Schmelzwasser große Sandbänke aufgeschüttet, um schließlich gesammelt in weiten Urstromlären dem Meere zuzuströmen. Unter dem Eis hat der ausströmende Schutt sich als Grundmoränen abgelagert, über die sich beim völligen Abschmelzen die in dem Eis befindlichen Schuttmassen als Innenmoränen gebreitet haben. Im Ansluß an die dadurch gebildeten Landschaftsformen besprach Prof. Szeergel die Wirkung der Vereisung auf die

ersten Gebiet, die hauptsächlich durch das Klima zu erklären ist. Vor allem war dabei die Wirkung des Spaltenfroites zu nennen, durch den — da ja auch die Vegetation auf ein Minimum reduziert war — zum Beispiel die Felsenmeere in unseren Mittelgebirgen gebildet wurden. Ferner ist die Erweichung des Bodenkusses, d. h. der gleitenden Bewegung der obersten aufgetauten Schichten des mochtlich verwitterten aufgearbeiteten Schuttmaterials über dem gefrorenen Boden wichtig. Durch die ungeheure Schuttbildung wurden die Talstämme überlastet und die Flüsse konnten, zumal sie während der Vereisung bedeutend weniger Wasser führten als jetzt, das Schuttmaterial nicht forttransportieren, sondern wählen es ablegen. Es trat eine mächtige Auffschotierung ein. Der vom Eis herabwache antipfonale Wind nahm von den Sandbänken das feine Material auf und lagerte es im Eisvorlande ab. So entstand der fruchtbare Löss. Nach der Beisprechung der Gesteinsbildung konnte im vereisten wie im nicht vereisten Gebiete Prof. Szeergel auf die Gliederung des Eiszeitalters zu sprechen. Wir wissen jetzt, daß wir nicht mit einer einmaligen Vereisung, sondern mit einem Klimawechsel zu rechnen haben, jedoch das Datum sich in einer Reihe von kalten Epochen oder Eiszeiten mit dazwischen gehaltene Interglazialzeiten, die zum Teil ein wärmeres Klima gezeigt haben als unsere Jetztzeit, aufgliederte. Er führte dazu, daß die Beweise für einen solchen Wechsel von kalt und warm an, wie wir sie aus der Eiszeitbildung, aus den gefundenen Resten der Pflanzen- und Tierwelt eindeutig erschließen können. Seine eigenen Untersuchungen in Thüringen ergeben eine Gliederung der Eiszeit in 11 kalte Epochen mit 10 dazwischen gehaltenen wärmeren Interglazialen. Unabhängig davon ist von anderer Seite auf astronomischem Wege aus der wechselnden Intensität der Sonnenstrahlung für die letzten 650 000 Jahre eine Schwankungsbreite berechnet worden, die in Uebereinstimmung mit Szeergels Forschungen, die sich auf Fluviaterrassenuntersuchungen stützt, derselbe ehemalige Klimawechsel erschlossen worden. Zum Schlusse ging der Redner auf die Bedeutung dieser Ergebnisse für die paläontologische Forschung in Sonderheit für die geitliche Datierung der ersten Menscheneunde ein. Die ungenutzte interessanten Ausführungen waren von einer Reihe erläuternder Bildschilde begleitet, die gemeinsam mit der zwingenden und klärenden Darstellung ein klares und plastisches Bild vor einer aufmerksamen Zuhörerzahl erzielten.

5. Breslauer Sechstagerennen.

Das Summestempo geht weiter.

Mit der Aufhebung der Neutralisation ging es am Montag mittag im bisher üblichen „scharfen“ Tempo weiter, das an die 30 Kilometer nicht heran kam. Nur bei den Wertungen wird es lebendiger, aber auch nur, solange diese dauern. Die erste Nachmittagswertung brachte eine drei Wettkämpfe zwischen den Mannschaften v. Kempen-Rieger und Girardengo-Knappe, die sich abwechselnd die ersten Plätze sicherten. In der dann folgenden Wertung war die Mannschaft von Kempen-Rieger weniger aktiv, dafür eher umlohnend Girardengo-Knappe. Am Schluß der beiden Wertungen war folgender Stand zu verzeichnen:

Girardengo-Rieger	251 Punkte
van Kempen-Knappe	211 Punkte
Linari-Seiffert	137 Punkte
Binda-Tisch	98 Punkte
Ehmer-Kroschel	67 Punkte
Wambth-Saquehan	28 Punkte

Ein Kunde zurüd:

Suter-Nischli	143 Punkte
Tonani-Frach	88 Punkte
Grimm-Kunge	46 Punkte
Kasch-Hürigen	16 Punkte

Zwei Kunden zurüd:

Dewolf-Stoßelund	44 Punkte
------------------	-----------

Drei Kunden zurüd:

Krollmann-Stepiniski	28 Punkte
----------------------	-----------

Vor der ersten Nachmittags-Wertung wurde die alte aus dem Rennen genommen, der seinen Partner finden konnte. Dann geht es Kunde um Kunde im „Kleinbahn-Tempo“ weiter und das wieder sehr zahlreich erschienene Publikum nimmt das alles mit fast stoischer Ruhe hin und ist geradezu „begeistert“, wenn einer der Fahrer seine Beinnusteln mal etwas mehr als sonst in Bewegung setzt. Aber dann ist es wieder aus. Und die Stundengeschwindigkeit ist zum Beispiel in der 70. Stunde nur 25 7/10 Kilometer. Ein so mäßiges Tempo ist bei einem früheren Sechstages-Rennen noch nicht gefahren worden. Nur einige Prämien und die 10^{1/2}-Uhr-Abendwertung bringen wieder etwas Leben in die Bude und einige sogenannte Ausreißerversuche sind bis auf den von van Kempen nur Spielereien. Wäre van Kempen Partner, Knappe, nicht so schwer in Schwung gekommen, vielleicht hätte sich aus dieser Sache etwas entwickeln können. So aber war nach acht Kunden das Feld wieder zusammen. Die ausgefahrenen Spurts belegten:

1. Spurt: Girardengo, Dewolf, Wambth, Seiffert.
2. Spurt: Girardengo, Tisch, Stepiniski, Seiffert.
3. Spurt: Rieger, Dewolf, Saquehan, van Kempen.
4. Spurt: Kroschel, Kasch, Girardengo, Knappe.
5. Spurt: Ehmer, van Kempen, Stepiniski, Stoßelund.
6. Spurt: Linari, Knappe, Girardengo, Junge.

Während der Spurts kam Krollmann, Suter, Binda und Nischli ins Spiel, lagen aber bald wieder auf ihren Rädern. Etwas lobhafter wurde jetzt das Tempo, zeitweise „hollen“ sogar über 30 Kilometer gefahren worden sein. Die Bulgaria-Prämie schloß ab mit 57 Punkten für van Kempen-Knappe, 33 für Binda-Tisch und 32 für Linari-Seiffert. Prämien gab es auch wieder einige. Zwei Anzugstoffe führte sich Frach, für einen Bierröhren-Apparat hatte van Kempen und für Zigaretten im Werte von 50 Mark hatte Junge Interesse. Dann gab es unter Führung von Stoßelund ein heftiges Rennen im guten Tempo und das schon recht anspruchsvolles gewordenen Publikum quittierte darüber mit viel Beifall. Inzwischen war es Zeit zur 3-Uhr-Nachwertung, die

durch praktische Spurrämpfe einigermaßen entschädigten. Der Verlauf ist folgender:

1. Spurt: Linari, Nischli, Binda, Knappe.
2. Spurt: van Kempen, Suter, Tisch, Ehmer.
3. Spurt: Linari, Girardengo, Nischli, Knappe.
4. Spurt: Rieger, van Kempen, Junge, Tisch.
5. Spurt: Linari, Girardengo, Grimm, Kroschel.
6. Spurt: Frach, Suter, van Kempen, Rieger.
7. Spurt: Linari, Knappe, Kroschel, Girardengo.
8. Spurt: Frach, Suter, Ehmer, van Kempen.
9. Spurt: Grimm, Kroschel, Tonani, Nischli.
10. Spurt: Frach, Suter, Junge, Stepiniski.

Um 3 Uhr morgens wurde versucht, durch eine 1000 Mark-Prämie eine Spionage der Spitzengruppe herbeizuführen. Bei den sich darauf entwickelnden Jagden gibt es einige Stürze, aber auch ein Wiederzusammenfinden des Feltes. Beteiligt waren dabei alle Fahrer der Spitzengruppe und keiner kann die 1000 Mark-Prämie heimfahren. Morgens 6 Uhr war der Stand des Rennens folgender:

Girardengo-Rieger	320 Punkte
van Kempen-Knappe	270 Punkte
Linari-Seiffert	201 Punkte
Binda-Tisch	118 Punkte
Ehmer-Kroschel	113 Punkte
Wambth-Saquehan	30 Punkte

1 Runde zurüd:

Suter-Nischli	190 Punkte
Tonani-Frach	121 Punkte
Grimm-Kunge	75 Punkte
Hürigen-Kasch	21 Punkte

2 Runden zurüd:

Dewolf-Stoßelund	60 Punkte
------------------	-----------

3 Runden zurüd:

Krollmann-Stepiniski	40 Punkte
----------------------	-----------

Um 10,30 Uhr abends begann die zweite Hälfte des Rennens.

Rundfunkfreuden.

Dem Oberstadtdirektor Siewert und dem Oberstadtschreiber Schneider war im vorigen Jahre die Nachricht zugegangen, daß sich der bekannte Rundfunkanklager Viktor Feing Fuchs sehr unbeliebt gemacht hätte. Zu einem jungen Mädchen, das bei ihm Privatstunden im Diktieren nahm, und deren Ziel es war, im Rundfunk einen Rezitationsabend zu geben, habe er gesagt: „Der Weg zum Mikrophon geht durch mein Schlafzimmer.“ Das wäre natürlich ein grober Mißstand beim Rundfunk gewesen, und da Fuchs bei den beiden Genannten überhaupt



„Deutschland und Oesterreich.“

Soziale Bildtafeln

in der Ausstellungshalle des Künstlerbundes Schellien, am Christophoriplatz,

täglich geöffnet von 11 bis 22 Uhr.

Wegen Führungen erbiten wir rechtzeitig Anmeldungen an die Redaktion der „Volksmacht“. Die Anmeldungen werden mindestens vier Tage vorher erbeten, damit für Führung gesorgt werden kann. Wegen der Beschränktheit der Räume wird gebeten, bei einer Teilnehmerzahl von mehr als fünfzig mehrere Führungen zu bestellen.

Arbeiter-Bildungsausschuss Breslau.



nicht besonders beliebt war, schreiben sie an Herrn Bettendorfer bekanntlich früher dem Schlesischen Rundfunk angehörte, ein Brief, worin sie ihm Mitteilung machten, was Herr Fuchs dem jungen Mädchen gesagt habe. Ueber den Reichspostminister erfuhr dann Fuchs, was man sich über ihn erzählte. Auf strengte nun die Privatbeleidigungsklage gegen Siewert und Schneider an, die am Montag vor dem Landgericht verhandelt wurde. In der Beweisaufnahme stellte sich zwar etwas anderes heraus, als die beiden Herren an Bettendorfer richteten. Dem jungen Mädchen hatte es zu lange gedauert, bevor sie durch das Mikrophon sprechen durfte und da hat eines Tages zu einer ihrer Bekannten geäußert, daß es ihr scheint, als ob der Weg zum Mikrophon durch das Schlafzimmer des Herrn Fuchs gehe. Die Bekannte hatte diese Äußerung dem Herrn Fuchs in den Mund gelegt, so daß sich die beiden Herren mit der Weitergabe der Angelegenheit recht große Unannehmlichkeiten gemacht haben. Sie bat vor Gericht, daß man ihnen die Wahrung berechtigter Interessen zugesprochen werden möge, denn sie glaubten, daß es sich hier um Mißstände handelte, deren Beseitigung im Interesse der Allgemeinheit gelegen hätte. Der Richter konnte ihnen aber Wahrung berechtigter Interessen nicht zuerkennen; er verurteilte deshalb jeden wegen Beleidigung zu 50 Mark Geldstrafe.

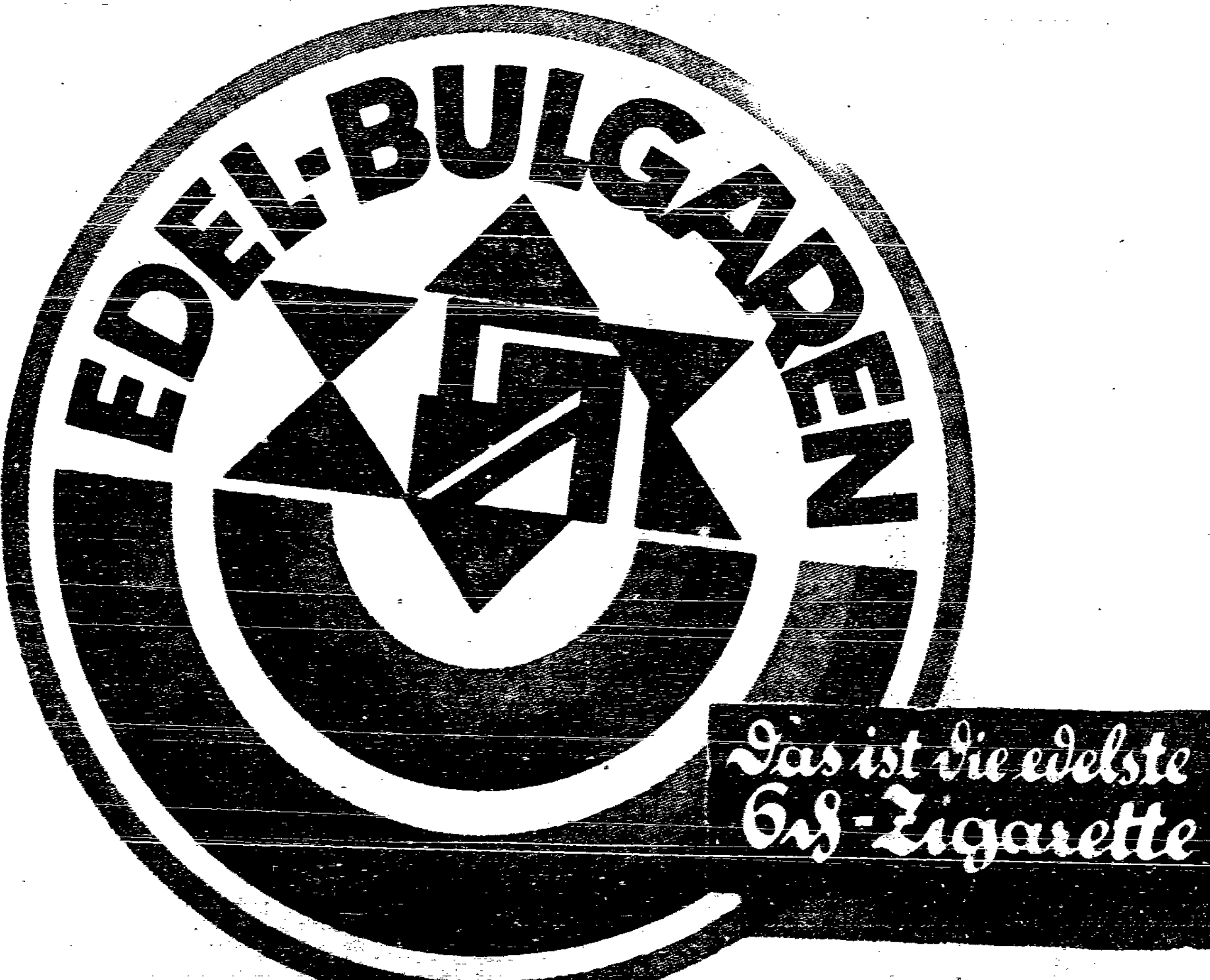
Ein Werbefilm der Volksfürsorge.

Längst ist man in der Arbeiterbewegung, vor allem letzten der Konjunktionschwächen, dazu übergegangen, den Film als den Dienst der Propaganda zu stellen. Nun hat auch die Volksfürsorge, das Versicherungsunternehmen der deutschen Arbeiter, einen eigenen Werbefilm geschaffen. Die sonst so trockene Materie wird hier in wohlgeordneten Bildern in durchaus festlicher Weise behandelt. Ein guter Werbefilm soll leben und überzeugend wirken. Das tut der Film der Volksfürsorge, für den Lebensversicherungsgedanken im allgemeinen und für die Volksfürsorge im besonderen. Mehr als 1 Million Versicherte zählt die Volksfürsorge schon; der Film wird der Bezeugung, daß diese erfreuliche Entwicklung des Unternehmens auch weiterhin anhält.

Wo dieser Film läuft, sollte niemand veräumen, ihn anzusehen!

„Der Chinesen-Papagei.“

Ein amerikanischer Detektivfilm mit spannender Handlung um ein Halsband handelt es sich — aber nicht um die berühmte historische Halsbandgeschichte — sondern um das kostbare Halsband einer chinesischen Tänzerin. Berlin bedeuten Tränen, heißt es, und die Ereignisse in diesem Film scheinen dem Satz recht zu geben. Sehr schön sind die gut gezeichneten Bilder aus dem Leben und Treiben in dem Chinesenquartier. Der Regisseur Paul Leni hat hier wieder gute Einfälle gehabt und eine Reihe schöner Bilder zusammengestellt. Die Hauptrollen sind bei Hui-Hui (Detektiv) und Hoberth Wasworich gut aufgehoben. „Du sollst nicht stehlen“ (ein Eichberg-Film der Ufa). Es wird dem Kinopublikum doch manchmal etwas zu viel gemutet. In der Sucht nach etwas Originellem geraten die Filmmanuskriptschreiber doch manchmal auf Abwege. Wie sieht denn in den Augen des Verfassers des Films „Du sollst nicht stehlen“ die Wirklichkeit aus. Staunt er denn allen Ernstes, der reiche junge Mann wird sich allen Ernstes schleunigst in das aus der Höhe des Volkes stammende Mädchen verliehen, das mit einem Komplizen nachts bei ihm eingebrochen ist und ihn bestohlen hat so verliehen, daß er sie gleich bei sich behält und nach einigen Wochen mit ihr aufs Standesamt geht. Vielleicht ist noch zu erwarten, daß diese Diebin Nachahmung findet, wenn es so leicht ist, Karriere zu machen, auf eine so allen Gelehen von Moral und Sitte recht hochstrebende Art. Schade um Zeit und Mühen die für einen solchen Film verausgabt werden. Als Diebin figuriert Lilian Harven, die sich wieder damit begnügt, fürchtliche Grimassen zu schneiden. Sie verzweifelt anheimelnd



„Der Zigeunerbaron“

Die beliebte, alte Operette der Fortkriegszeit mit ihren...

Merkwürdige Fortbildungskurse in der Frühdiagnose und Prognose der Tuberkulose für die Provinz Niederschlesien.

Im Jahre 1928 werden in der Provinz Niederschlesien wiederum zweiwöchige ärztliche Fortbildungskurse...

Den Teilnehmern wird freie Station (Wohnung und Verpflegung) gewährt.

Vom Arbeitsgericht.

Wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine Interessengemeinschaft bilden.

Noch oft ist es heute in kleinen kaufmännischen Betrieben üblich, daß sich ein Angestellter mit seinen kleinen Ersparnissen...

Vorsicht vor Bücherreisenden!

An den Arbeitsplätzen (vornehmlich in Büros) wie auch in den Wohnungen...

* Silberhochzeit feiert heute der Monteur Richard Gornig.

* Zu dem amtlichen Kraftsporthörer der Oberpostdirektion Breslau...

* Deftentlicher Vortrag. Auf Veranlassung der Breslauer Volkshochschule...

* Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit. Der Breslauer Ortsgruppe...

* Von der Siedlichen Sparkasse. Bei der Erreichung der fünfzigsten Million Reichsmark-Spareinlagen...

* 11. Ziehungsstag Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterien.

Wie uns die Lotteriedirektion in Dresden, Sachsen...

Sozialdemokratische Partei

Montag, den 27. Februar, abends 7.30 Uhr, wichtige Parteifunktionär-Verammlung

Gruppe Streifenler Tor, Größchen (Barade). Mittwoch, abends 8 Uhr.

Sozialistische Arbeiterjugend.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.

Freiwerkeschaftliche Jugend.

Bund der Freidenkerjugend.

Konzerte - Theater - Vergnügungen.

Stadttheater. Am heutigen Nachmittagsabend, 20 Uhr, Johann Strauß' Operette...

Operette. Heute, 15.30 Uhr, „Was' dem, der isst!“

Theater. Das erfolgreiche Lustspiel „Das Kamel geht durch das Kabinett“...

Schauspielhaus. Heute, Dienstag, und die folgenden Tage „Der Jarewitsch“...

Zu Reichs Tempelpalast und Bar findet am Dienstag, den 21. Februar...

Schauspielhaus. Heute, Dienstag, und die folgenden Tage „Der Jarewitsch“...

Zu Reichs Tempelpalast und Bar findet am Dienstag, den 21. Februar...

Parteiengenossen in den städtischen Betrieben!

Freitag, den 24. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 5

wichtige Versammlung.

Es ist wichtig, daß vor allen Dingen sämtliche Funktionäre...

- 161 447, 388 558; 3000 Mark 12 283, 35 123, 35 392, 73 055, 108 317, 154 361, 187 888, 200 344, 201 281, 252 889, 274 527, 276 796, 304 467, 351 981, 356 455; 2000 Mark 889, 30 630, 45 636, 50 142, 93 944, 102 585, 137 061, 162 882, 178 779, 198 801, 202 410, 321 742, 326 764, 338 889; 1000 Mark Nr. 2 925, 3 967, 10 192, 15 201, 16 591, 17 436, 21 150, 44 675, 55 825, 56 569, 57 230, 72 696, 81 364, 84 425, 91 810, 93 120, 93 800, 93 236, 101 673, 109 448, 112 054, 115 246, 138 576, 168 738, 170 283, 171 599, 178 325, 201 403, 206 433, 206 775, 235 617, 279 887, 279 887, 328 847, 341 375, 343 156, 353 930, 357 497, 361 027; 500 Mark Nr. 3 315, 18 429, 21 329, 23 444, 27 926, 33 461, 33 723, 34 103, 34 568, 35 381, 37 590, 38 026, 38 868, 44 655, 54 163, 54 639, 56 072, 59 034, 69 616, 69 655, 69 923, 76 794, 78 258, 80 157, 91 729, 94 008, 106 362, 106 988, 119 890, 120 022, 125 832, 130 421, 139 953, 144 702, 145 165, 147 998, 159 746, 172 627, 175 010, 176 649, 182 874, 182 890, 189 393, 191 258, 191 545, 208 857, 223 070, 225 715, 237 222, 243 565, 248 260, 252 826, 260 072, 264 478, 268 000, 272 378, 281 486, 285 091, 285 508, 294 731, 300 846, 308 449, 309 478, 310 208, 313 444, 315 563, 322 095, 324 755, 332 564, 333 178, 334 357, 337 900, 352 338, 353 007, 359 305, 359 360, 359 546, 362 773, 366 368, 368 606, 374 367.

* Die Feuerwehr mußte gestern kurz nach 15 Uhr Reuterstraße 49 ein in ein hoch getretenes Pferd herausholen...

* Wenn man ein Menschenleben rettet, so ist diese Begebenheit...

* Ueberfall. Heute morgen, gegen 3 Uhr, ist in der Grundstraße...

Amthche Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Krielen bei Breslau.

Die letzte vom Weiten herangekommene Störung (D A) kam am Sonntag...

Table with columns: Datum, Temperatur, Wind, etc. for stations like Grünberg, Abtitz, etc.

Das Wetter im Gebirge.

Von den nachfolgenden Stationen werden die Reihe nach Angaben gemacht...

Gewerkschaftshaus - Lichtspiele

Mittwoch, den 22. Donnerstag, den 23. und Freitag, den 24. Februar, je 5 und 8 Uhr.

„Der Zigeunerbaron“

Breslauer Verkehrsfilm.

Bereinstalender.

Die Monikche Gemeinde hält am Mittwoch, den 22. Februar, um 20 Uhr...

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Die für Mittwoch, den 22. Februar, in den Zentralbüros der städtischen...

beraubt worden sein.

beraubt worden sein. Da der angeblich Ueberfallene stark betrunken...

* Tödtlich überfahren. Am 19. Februar, gegen 18.30 Uhr, wurde hinter der Endstation der Straßenbahnlinie 3...

* Leichenfundung. Am 18. Februar, gegen 23.45 Uhr, wurde am Südbord-Mauerwerk...

* Freiwillig aus dem Leben geschieden ist in der Nacht zum Sonntag ein 20 Jahre alter kaufmännischer Angestellter...

* Tenes Schalen. Im Marienpark 4. Klasse wurde einem auswärtigen Häuer die Brieftasche mit 300 Mark...

Briefkasten.

Allen Anträgen mit einer Bezugnahme auf den Besonderen Bescheid...

Wasserstand

Table with columns: Station, Datum, Wasserstand.

Amthche Dividende der Berliner Börse

Table with columns: Dividende, Station, etc.

Wer steigert die Landflucht?

Zur Arbeitslosenhege der Agrarier.

Die Not der Landwirtschaft wäre nicht so groß, wenn die Agrarier in ihrer Wirtschaftsführung so tüchtig wären wie im Erfinden von demagogischen Schlagworten. Ihr neuester Schwindel besteht in der Behauptung, die Arbeitslosenversicherung raube der Landwirtschaft die Arbeitskräfte. Viel Arbeitskräfte, vor allem junge Leute, wanderten im Sommer in die Stadt, da sie dort besser verdienen könnten und während der Wintermonate auf dem Lande durch die Arbeitslosenunterstützung bis zu einem gewissen Grade gesichert seien. Also die Arbeitslosenversicherung ist schuld an der Landflucht.

Am Montag beginnt in Preussischen Landtag eine Vorberatung der Landarbeitersachen in einem besonderen Untersuchungsausschuss. Die Sozialdemokratische Fraktion hat zur Landarbeitersache eine Reihe von Anträgen eingebracht, die besser als irgend etwas anderes über die wahren Ursachen der Landflucht Aufschluß geben. Die Fraktion fordert, der immer stärker werdenden Landflucht und Abwanderung der Landarbeiter und Arbeiterinnen aus ihrem Beruf und ihren bisherigen Wohnbezirken dadurch wirkungsvoll vorzubeugen, daß durch jede nur mögliche Maßnahme den wirklichen Gründen der Landflucht bzw. Abwanderung, nämlich: unzureichende Entlohnung, menschenunwürdige Behandlung und grauenhaftes Wohnenselend nachdrücklich entgegengetreten und unter Jubsufnahme aller staatlichen Machtmittel für die Abstellung dieser Mißstände Sorge getragen wird.

Die Wohnungsnot in den Städten ist gewiss eine Gefahr für das Proletariat, aber die Wohnungen des Landarbeiterproletariats sind eine Schande für die Menschheit. Die Räume, in denen der Landarbeiter zu hausen gezwungen ist, sind vielfach schlechter als die Viehhäute; das Vieh kostet Geld, der Landarbeiter nichts. Kein Wunder, wenn die Sozialdemokratische Fraktion gegen die Beförderung von Werkwohnungen, deren baulicher Zustand gesundheitliche und sittliche Gefahren mit sich bringt, Zwangsmaßnahmen und durchgreifende Kontrolle fordert, damit die Mängel entweder abgestellt oder menschenunwürdige Behausungen geschlossen werden. Das Mindeste, was verlangt werden muß, sind einwandfreie Trinkwasser, hygienische Abortanlagen, Fußbodenbelag, Fenster und keine Ueberfüllung von kleinen Wohnungen durch rücksichtslos ausgeübten Zwang zum Halten von Hofgängern.

Die agrarischen Reichthümer, die der proletarischen Landbevölkerung die paar Pfennige Arbeitslosenunterstützung misgönnen, wissen nur zu gut, daß brutale Arbeitgeber durch Mißhandlungen und Schikanen den Landarbeitern das Leben zu Hölle machen. Zahlreich sind die vom Deutschen Landarbeiter-Verein gemeldeten Fälle, in welchen Landarbeiter mißhandelt wurden oder Landarbeitern totes und lebendes Inventar gestohlen oder versteigert wurde, weil sie infolge ihrer Armut ihren finanziellen Verpflichtungen nicht nachkommen konnten. Am schlimmsten aber ist das System der schwarzen Listen, der Berufsverweigerungen, der in einer Reihe von landwirtschaftlichen Unternehmerorganisationen eingeführt, Entlassungsschein. Dieses System gegenüber organisierten oder mißliebigen Landarbeitern kommt einer nahezu völligen Unterbindung des durch die Verfassung gewährleisteten Koalitions- und Freizügigkeitsrechts gleich. Immer schärfere Formen nimmt dieser Kampf der Agrarier gegen die Freizügigkeit der Landarbeiter an. Die führende Rolle in diesem Kampf scheint neuerdings der Reichslandbund Königsberg im. spielen zu wollen. Auf seiner Generalversammlung hat er vor kurzem eine Entschließung angenommen, die nach dem „Nachrichtenblatt des Reichslandbundes Königsberg Am.“ (Nr. 5) im wesentlichen folgenden Wortlaut hat:

„Die ländlichen Arbeitgeber des Reichslandbundes Königsberg Am. verpflichten sich, zur Vermeidung einer vom Vorstande festzusetzenden, in die Reihe des Landbundes fließenden Vertragsstrafe von 50 bis 200 Mark für jeden Uebertretungsfall Arbeiter oder Arbeiterfamilien sowie Deputanten oder Angestellte, männlich oder weiblich, nur einzustellen gegen Vorlegung eines Entlassungsscheines oder nach vorheriger Anzeige bei dem früheren Dienstherrn.“

Dieser Beschluß soll auch für den Fall, daß Arbeitskräfte durch Vorarbeiter angehehlt werden, hingenommen Anwendung finden. Man will also der Freizügigkeit der Landarbeiter jetzt mit dem härtesten Gehiß zu Leibe rücken. Jeder Arbeitgeber, der vernünftig genug ist, Landarbeiter ohne Entlassungsschein einzustellen, soll dafür mit einer erheblichen Geldstrafe geächtet werden. Angehts dieser Dinge gehört schon a b g r u n d tiefe Seufzerei dazu, die Arbeitslosenversicherung als Ursache für die Landflucht anzuschwärzen.

die Löhne seien um 50 bis 100 Prozent erhöht worden. Das Verlangen der Gastwirtsgehilfen, die Kündigung zurückzunehmen, haben die Gastwirte abgelehnt. Der Kampf wird also beginnen.

Akkordlohnverhandlungen für die Textilindustrie verschoben.

Die Verhandlungen zur Neuregelung der Akkordlohnfrage in der Textilindustrie, die dieser Tage zwischen Organisationen und den maßgebenden Stellen geführt werden sollten, wurden um acht Tage verschoben, da das Reichsarbeitsministerium durch den Lohnkampf in der mitteldeutschen Metallindustrie und durch die Etatberatungen der letzten Woche zu stark in Anspruch genommen war.

Die Bekleidungsarbeiter in der Herren- und Damenindustrie kündigen den Lohnkampf.

Das Lohnabkommen für die Herren- und Damenschneiderei ist vom Deutschen Bekleidungsarbeiter-Verein mit Zustimmung der beiden anderen am Tarifvertrag beteiligten Arbeitnehmerverbände gekündigt worden. Das Abkommen läuft nach dreiwöchiger Frist am 10. März ab. Im Herbst war es infolge der ungünstigen Geschäftslage nicht möglich, trotz der Verteuerung der Lebenshaltung eine Verbesserung der Löhne zu erzielen. Auch jetzt werden die Arbeitgeber die Forderungen, die sich in einer Höhe von 20 Prozent bewegen, nicht ohne weiteres erfüllen. Kräftige Stärkung des Deutschen Bekleidungsarbeiter-Vereins ist daher das Gebot der Stunde.

Deutscher Metallarbeiter-Verein, Verwaltung Breslau.

Die für Mittwoch, den 22. Februar, in den Zentralbauhallen festgesetzte Versammlung der Metallarbeiter fällt wegen Erkrankung des Referenten Genossen Graf aus.

Die Ortsverwaltung.

Der Streit bei der Schokoladenfabrik Ailingenberg.

Mit seltener Einmütigkeit steht die Belegschaft der Firma Ailingenberg seit Freitag, den 17. Februar, im Kampfe. Keine von den 70 Arbeitern und Arbeiterinnen ist zum Streikbrecher geworden. Die Firma ist kampfhaft bemüht, Streikbrecher heranzubekommen. Gestern haben verschiedene gewerkschaftlich organisierte Eltern ihre Töchter, die in Unwissenheit die Arbeit aufgenommen hatten, aus dem Betriebe geholt.

Ein Teil der Arbeiterinnen, die vom Städtischen Arbeitsnachweis (weibl. Fabrikarbeiter) gelandt wurden, erklären, daß, wenn sie die Annahme der Arbeit ablehnten, ihnen die Erwerbslosenunterstützung entzogen würde.

Wenn diese Informationen von der fraglichen Abteilung des städtischen Arbeitsnachweises gegeben wurden, ist es kein Wunder, daß sich arbeitslose Arbeiterinnen zum Streikbruch verleiten lassen, um schließlich nicht noch die Erwerbslosenunterstützung zu verlieren. Ob aber der Firma mit Streikbrechern gedient ist, die keinerlei Vorkenntnisse in der Berufsarbeit haben, ist eine besondere Frage. Wir sind der Auffassung, daß in einem Nahrungs- und Genussmittelbetrieb, der für die gesamte Konjunkturschwäche in hygienischer und gesundheitlicher Beziehung Allgemeinbedeutung hat, recht vorichtig bei Wahl der Arbeiterschaft vorgegangen werden muß.

Die Streikenden haben volles Vertrauen zu ihrer Gewerkschaft, die ihnen ihr aufgezogenen Kampf führt, um eine Lohnzulage von 6 Prozent, welche mit Wirkung vom 1. Februar zu zahlen ist. Diese Lohnzulage wird bereits in Deutschland von sämtlichen Schokoladen- und Zuckerwarenherstellern gezahlt.

Einige schlesische Fabrikanten glauben aber, sich davor drücken zu können und möchten noch höheren Profit machen. Wir ermahnen die gesamte Bevölkerung, insbesondere die Arbeiterschaft von Breslau, den Streikenden dadurch ihre Sympathie zu bezeugen, daß sie Arbeitswillige aus diesem Betriebe fernhalten.

Deutscher Nahrungs- und Genussmittel-Arbeiter-Verein.

Abgelehnt!

Der Schiedsspruch für die mitteldeutsche Metallindustrie ist abgelehnt. Einer Meldung aus Halle ist zu entnehmen, daß die Funktionäre des Metallarbeiterverbandes bis zum Ablauf der Fälligkeit keine Antwort gegeben haben. Da die Arbeitgeber den Schiedsspruch bereits vorher ablehnten, gilt er als zurückgewiesen.

Kunze hat der Reichsarbeitsminister die Parteien erneut für best. Formittag 18 Uhr zu einer Besprechung geladen.

Aus Prag wird gemeldet, daß der Vorstand des tschechoslowakischen Metallarbeiterverbandes beschlossen hat, den ausgesprochenen Metallarbeitern in Deutschland keine Sympathie auszusprechen zu lassen.

Die Geistesverfassung des deutschen Unternehmertums

hat in Gera eine drastische Illustration erfahren. Die Firma Weisemann-Böhmer hat amerikanische Arbeitsmaschinen aufgekauft, um den Betrieb zu rationalisieren. An einer der Maschinen gab es eine schwere Störung. Der Direktor der Fabrik glaubte sofort an Sabotage, weil er ein schlechtes Gewissen gegenüber den Arbeitern hat, die er nach amerikanischen Methoden arbeiten läßt, aber nach den Grundätzen deutscher Unternehmernormen behandelt.

Er ließ um die Maschine Selbstschüsse legen. Der Effekt: Als während der Reparatur ein Elektromotor auf seinem Dienstweg durch den Maschinenraum kam, brachte einer der Selbstschüsse ein glühendes Eisen in die Hand des Arbeiter nicht verletz, obgleich er durch den Schreden einen heftigen Schock erhielt.

Aus dem hohen Gewissen gegenüber der Arbeiterschaft heraus hat dieser Unternehmer lehrfährig das Leben von Arbeitern gefährdet. Dieser Selbstschuß von Gera legt Zeugnis davon ab, mit welcher Ueberheblichkeit und Geringschätzung das deutsche Unternehmertum der Arbeiterschaft gegenübertritt. Es glaubt, man könne einfach für Arbeiter halten wie für Kauten aufstellen. Diese Leute beschwerten sich dann darüber, daß der Begriff „Unternehmer“ für die Arbeiterschaft zugleich eine moralische Verurteilung einschließt.

Der Streit im nordwestböhmischem Bergbau

Prag, 20. Februar. Die politische Bezirksverwaltung Brünn hat den von den Kommunisten zu Beginn des Streiks im nordwestböhmischem Bergbau gebildeten Aktionsausschuß aller Organisationen in Bruch aufgelöst. Wie die Blätter melden, wurden die Kohlenarbeiter in den Lagern der Prager Kohlenbergwerke unter Sperrung gestellt, damit durch diese Beschränkung der Versorgung des öffentlichen Lebens sichergestellt werden kann.

Sor einem großen Kampf im niederländischen Bekleidungsgerwebe.

Ein Arbeitskampf größten Stils brach in der niederländischen Konfektionsindustrie aus. Die Arbeitgeber fühlen sich hart und letzten jugendlichen Entgegenkommen ab. Dieser war der Kampf auf Unternehmern und Arbeiter. Alle Kräfte sind einig, daß es aber in letzter Zeit die übrigen großen Konfektionsplätze des Landes übergriffen. Das niederländische Konfektionsproletariat, das bis in unsere Tage immer in den desolaten Verhältnissen zu leben gezwungen war, steht vor einem sehr ernstem Kampfe.

Die Arbeitgeber treffen in aller Eile Maßnahmen für eine allgemeine Aussparung. Sie rufen auf die Unternehmerten. Sie werden sich aber bei ihrem Vorgehen, denn, wie der Reichsverband der Bekleidungsindustrie mitteilt, haben zahlreiche Unternehmerten bereits erklärt, daß sie sich auf die Seite der Arbeitgeber stellen werden. Kommt es zum Kampf, dann werden die Arbeitgeber vor allem Streikbrecher aus dem Lande herbeizulassen versuchen. In Deutschland muß beschleunigt jeder Mann gelassen werden, kein einziger deutscher Bekleidungsarbeiter darf den niederländischen Arbeitgebern bei ihrem Kampf auf die Lebenshaltung des niederländischen Konfektionsproletariats zu Hilfe kommen.

Bestätigung des Reichsarbeitsgesetzes im Reichsgewerbe.

Der Reichs-Tarifvertrag für das Metallegerwebe, der nach den Bestimmungen am 15. Februar für die ersten sechs Monate, bis zum 30. April verlängert werden sollte, ist am 15. Februar in der Reichsregierung bestätigt worden. Die Bestimmungen über die Bestätigung des Reichsarbeitsgesetzes im Reichsgewerbe sind am 15. Februar in Kraft getreten.

Wozu dann Verlängerung der Arbeitszeit?

Wie sinnlos die Bestrebungen der Bauunternehmer auf Verlängerung der Arbeitszeit im Baugewerbe sind, hat sich dieser Tage überaus drastisch bei den Miteilungen des Preussischen Wohnbauministeriums über die Auslichten des Wohnungsbaues gezeigt. An der Wohnungsbaufinanzierung fehlen rund 400 Millionen Mark. Es ist kaum damit zu rechnen, daß der Fehlbetrag heringebracht wird. Jedenfalls ist gar nicht daran zu denken, daß 1923 der Wohnungsbaubau den gleichen Umfang annehmen wird wie im letzten Jahre.

Wozu unter solchen Umständen die Arbeitszeit im Baugewerbe verlängert werden soll, ist absolut unverständlich. Hoffentlich verzichten jetzt die Landesregierungen auf weitere Erörterungen über die Arbeitszeifrage im Baugewerbe.

Aussparung der Kellner in Mannheim.

Die Gastwirte Mannheims haben den organisierten Bedienungspersonellen gekündigt; beifolgt aus der Aussparung sind über 200 Angestellte. Obgleich durch Schiedsspruch die Löhne nur um 18 Prozent erhöht wurden, begehren die Gastwirte,

Wirtschaft.

Immer noch steigende Arbeitslosigkeit in Schlesien.

Das Landesarbeitsamt Schlesien teilt mit: Ende in der Berichtswochen vom 2. bis 8. Februar ist der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit noch nicht erreicht worden. Gegen die Vormache liegen sowohl die Zahlen der Arbeitsuchenden, Arbeitslosenunterstützungsempfänger und Arbeitslosenunterstützungsempfänger in den Provinzen Nieder- und Oberschlesien weiter an. In Niederschlesien wurden 127.333 Arbeitsuchende gezählt, gegen 124.611 in der Vormache. Die Zahl der Arbeitslosenunterstützungsempfänger liegt von 91.002 auf 91.217, die der Arbeitslosenunterstützungsempfänger, die in der Vormache auf 14.934 gefallen war, liegt wieder auf 15.245 an. Offene Stellen waren 3670 (in der Vormache 3885) gemeldet. Die Andrangsziffer (Arbeitsuchende auf 100 offene Stellen) betrug in der Provinz Niederschlesien 1147,9 gegen 1121 in der Vormache. Die Arbeitslosenziffer (Arbeitslosenunterstützungsempfänger auf 100 offene Stellen) 341 gegen 340 in der Vormache.

In der Stadt Breslau liegt die Zahl der Arbeitsuchenden von 36.117 wiederum auf 37.736, während die Zahl der Arbeitslosenunterstützungsempfänger von 19.242 auf 19.153 zurückging und die der Arbeitslosenunterstützungsempfänger von 9667 auf 9.609 sank. Die Andrangsziffer (Arbeitsuchende auf 100 offene Stellen) betrug in der Stadt Breslau 6124,4, in der Provinz Niederschlesien 1147,9, während auf 1000 Einwohner 32,0 (in der Vormache 31,9) Arbeitslosenunterstützungsempfänger gezählt wurden.

In der Provinz Oberschlesien waren in der Berichtswochen 66.839 (in der Vormache 66.426) Arbeitsuchende vorhanden. Arbeitslosenunterstützungsempfänger wurden 33.329 (in der Vormache 33.978) und Arbeitslosenunterstützungsempfänger 3728 (in der Vormache 3664) gezählt. Offene Stellen waren 1680 gemeldet.

In Bezug des Landesarbeitsamtes Schlesien (Provinzen Ober- und Niederschlesien sowie Kreis Traubitz) waren 126.85 Arbeitsuchende und 16.524 Arbeitslosenunterstützungsempfänger und 22.272 Arbeitslosenunterstützungsempfänger vorhanden.

Die Andrangsziffer betrug für Oberschlesien 497,5, für den Bereich des Landesarbeitsamtes Schlesien 415,4.

Die Arbeitslosenziffer betrug für Oberschlesien 41, für den Bereich des Landesarbeitsamtes Schlesien 34.

Rothensarbeiter wurden am 21. Januar im Bezirk des Landesarbeitsamtes Schlesien 177 gezählt und zwar in der Provinz Oberschlesien 118, in der Provinz Niederschlesien 99 (hier waren am 15. Januar 97 vorhanden).

In der Landwirtschaft lag die Nachfrage nach jüngeren Kräften weiter an.

In der Holzwirtschaft fanden vereinzelt Entlassungen statt, während andere Bezirke sich hauptsächlich für Holzarbeiter aufsuchten.

In Bergbau konnte im Waldenburger Revier der Bedarf an gelerntem Arbeiterkräften nicht gedeckt werden. In ober-schlesischen Erwerbslosen werden in Bergbau Bezirk Entlassungen infolge Ueberflusses beobachtet.

In der Industrie der Steine und Erden fanden im Gebiet des Waldenburger Revier eine Anzahl Hilfskräfte keine Beschäftigung an.

In der Metallindustrie war eine wesentliche Besserung nicht zu beobachten. In Breslau schied Nachfrage nach Metallarbeitern, jedoch nur bei der Arbeit in Eisenwerkstätten vor. In Waldenburger Revier konnte der Bedarf an Metallarbeitern nicht gedeckt werden.

Im Spinnstoffgewerbe nahm die Zahl der Arbeitsuchenden und Unterstützungsempfänger, wenn auch in geringem Umfang, weiter zu, so namentlich im Freiburger, Görlitzer, Lauban- und Waldenburger Bezirk. Dagegen fehlt es in den Liegnitzer Wollwarenfabriken an geübten Strickerinnen für Flachsmaschinen, ebenso konnte im Sprottauer Bezirk der Bedarf an Strickerinnen für die dortige Strumpfindustrie nicht vollständig gedeckt werden.

In der papierverarbeitenden Industrie wurden Entlassungen von Kartonnagenarbeiterinnen bei einer größeren Zigarettenfabrik in Breslau vorgenommen.

Im Holz- und Schnitzstoffgewerbe fanden im Hirschberger Bezirk Entlassungen statt. Ebenso richt die Möbelindustrie in Jauer Arbeitskräfte ab.

Nahrungs- und Genussmittelgewerbe. Infolge Beendigung der Arbeiten in den Zuckerrübenentliefern die Zuckerfabriken in einigen Bezirken eine Anzahl Arbeitskräfte.

Im Bekleidungsgerwebe hatte die Damenskonfektion weiter Bedarf an Kräften.

Im Baugewerbe nahmen die Anforderungen an Kräften zu, jedoch ist der Bedarf noch sehr gering.

Für ungelernete Arbeitskräfte boten sich nur verhältnismäßig geringe Beschäftigungsmöglichkeiten.

Die Reorganisation des Keuroder Bergbaus.

Zusammenfassung der Gruben.

Die Verhandlungen über die Reorganisation des Bergbaus im Keuroder Revier (Niederschlesien) sind jetzt abgeschlossen, so daß mit dem Beginn der Umstellung in fernerer Zeit zu rechnen ist. Das Revier liefert vor allem einen jenseitigen Ton. Der Kohlenbergbau spielt neben der Tongröberei eine untergeordnete Rolle; jedoch eignet sich die geförderte Kohle zur Elektrifizierung und zur Herstellung von künstlichem Gel. Seit langem ist das Revier Kohlenfeldgebiet. Eine Gesundung der Verhältnisse kann man sich auch nur durch eine frische Konzentration versprechen. Sehr wahrscheinlich wird man die vorhandenen Gruben (u. a. Ruben-, Kuboibp, Baptist und Neuseslau-Grube), ähnlich, wie man das vor kurzem im Waldenburger Revier getan hat, zu einem großen Unternehmen zusammenfassen. Später kommt unter Umständen eine Vereinigung mit der Waldenburgerischen Gesellschaft, der Niederschlesischen Bergwerks-A.G., in Frage.

Die Reorganisation ist nach Auffassung der Beteiligten nur mit Hilfe eines großen Reichs-Kredits durchzuführen. Man kann einen solchen Kredit, angesichts der nicht befriedigenden Verhältnisse im Keuroder Bezirk, sicherlich erwarten. Wichtige Gruben im Keuroder Revier sind jedoch im Besitz der großen deutschen Elektro-Holding-Gesellschaften (Gesellschaft für elektrische Unternehmungen usw.). Selbstverständlich können diese Elektrofirmen die Reorganisation aus eigener Kraft durchführen. Deshalb wenden wir uns gegen allgemeine Kredite. Das Reich darf nur dann eingreifen, wo die Verhältnisse Reichshilfe unbedingt erforderlich machen.

Zum Alltag u. zum Feste

bleibt Christ's Brot

doch das Beste!

Das Urteil im Schülermordprozeß.

Kranz freigesprochen.

Der Angeklagte Kranz wurde wegen Vergehens gegen das Gesetz über den Waffenbesitz zu 3 Wochen Gefängnis verurteilt...

Der Antrag des Publikums zur letzten Verhandlung im Kranzprozeß war außerordentlich stark. Das Interesse für diesen sensationellen Kriminalfall hatte noch immer nicht nachgelassen...

Der Verteidiger bezeichnete als Kernstück der Anklage wegen Mittäterschaft die angebliche Eifersucht. Das Motiv der Eifersucht, so führte Dr. Frey aus, falle jedoch, und damit falle auch die ganze Anklage...

erklärt habe: Ich habe doch dem Paul niemals Treue geschworen. Das sei sehr wichtig. Dieses Moment werde reiflich ergänzt durch die Tatsache, daß der Angeklagte doch die Hilfe mit Stephan mehrfach im Schlafzimmer gesehen hat...

Der Angeklagte Kranz erhob sich nach der Darlegung des Verteidigers zu folgender Erklärung: Ich will das hohe Gericht nicht länger aufhalten und habe dem, was mein Herr Verteidiger gesagt hat, wirklich nichts hinzuzufügen...

In der Urteilsbegründung betont das Gericht, daß gerade die öffentliche Behandlung des Prozesses segensreich gewirkt hat und geeignet war, in den Kreisen der Elternschaft das Verständnis dafür zu wecken, wie die Jugend auf ihre Gefahren hingewiesen werden muß...

Schweres Schiffsunglück in China.

Der chinesische Dampfer Hsintaming ist in der Nacht zum Sonnabend in der Nähe von Tschinkiang mit dem japanischen Dampfer Mitsumaru zusammengestoßen...

Fabrikbrand — der Eigentümer als Brandstifter.

In der Nacht zum Montag brach in der früheren Hallenmaschinenfabrik in Halle ein Schandereignis aus, das aber glücklich werden konnte. Die Feuerwehre konnte 15 Brandherde. Als Täter wurde ein Arbeiter verhaftet...

Ein vierfacher Raubmord

wurde in Gerasi bei Moskau verübt. Ein Wächter erwiderte den Aufruhr eines Holzplages, dessen Frau und zwei Kinder. Er raubte 300 Rubel, steckte die Hütte in Brand und tötete. Mit Hilfe eines Polizeihundes wurde er ergriffen.

Hochwasser.

Die Alpenflüsse Lech, Wertach, Iller und andere laden Hochwasser, das überall schweren Schaden angerichtet und auch den neuen Brückenbau über den Lech in Augsburg schwer beschädigt hat. Weite Gebiete sind überschwemmt...

weitere Gefahren in sich birgt. — Die anhaltenden schweren Niederschläge der letzten Tage, verbunden mit ausnehmend heftigen Stürmen, haben in ganz Sachsen teilweise sehr schwere Schädigungen gebracht...

Ein Einbruch mit Hindernissen

spielt sich in Berlin-Schöneberg in der Nacht zum Sonntag in einem Hause in der Gustav-Müller-Straße ab. Eine Familie war abends ausgegangen und hatte ihre im vierten Stock gelegene Wohnung ohne Aufsicht gelassen...

Sittlichkeitsverbrechen.

Berlin, 19. Februar. Das Opfer eines Sittlichkeitsverbrechens wurde am Sonnabend abend ein vierzehnjähriges Mädchen, das abends mit einer jüngeren Schwester und einem fünfzehnjährigen Schüler nach der Wohnung in einer Stiedlung in

Lauf mit bei Berlin zurückkehrte. In einer spärlich bebauten Gegend sprach ein Mann die drei Kinder an und versuchte, das ältere Mädchen trotz energischer Sträubens zu küssen...

Unter Gefeiensmassen begraben.

Auf der Krupp'schen Eisensteigrube Fuchberg im Kreise Ziegenhain, wurde ein Bergmann beim Bohren von Sprenglöchern von herabstürzenden Gefeiensmassen begraben...

Juwelier Brandenburg abermals verhaftet.

Der Juwelier Brandenburg, der am Sonnabend auf Antrag seines Verteidigers aus der Untersuchungshaft entlassen worden war, wurde abends wieder verhaftet...

Töblicher Betriebsunfall.

Im Betrieb der Benzather Firma Capito & Klein war ein junger Arbeiter mit dem Schmirnen einer Walze beschäftigt. Hinter der Walze war eine schwere Eisenplatte aufgestellt...

Der Faschingssonntag in München.

Der Münchener Fasching, der in diesem Jahre mit einer Reihe glänzender Kunstfesten und dem Pressefest wieder die traditionelle Höhe der Vorkriegszeit erreicht hatte...

Eine Faschingstragödie

hat sich am Montag in München bei der Zeremonie des „Megeirsprungs“ ereignet. Der Megeirsprung wurde nach 32 Jahren zum erstenmal wieder auf dem Marienplatz aufgeführt...

180 000 auswärtige Karnevalsgäste in Köln.

Die Reichsbahngesellschaft schätzte den Besuch der Metropole des Rheinlandes von außerhalb anlässlich der Karnevalfeier am Rosenmontag, auf mehr als 180 000 Personen...

Eine Turnhalle vom Sturm abgedeckt.

Bei einem verheerenden Anwitter mit Regen, Hagel und starkem Schneefall erlitt ein Wirbelsturm einen Teil des Daches der Turnhalle in Göggingen und letzte ein Dachstück von rund 40 Zentner Gewicht mehrere Meter entfernt im Hofe nieder...

Der Kampf gegen den „Schneeball“.

Die Ueberflchwemmung Deutschlands mit „Schneeball“ und „Goldregen“-Systemen hat in den letzten Jahren besonders von Holland her einen derartigen Umfang angenommen, daß die Polizei sich jetzt zu härtesten Gegenmaßnahmen veranlaßt gesehen hat...

Schiffsunfall.

In Rouen fuhr Sonntag nachmittag ein Petroleumschiff-Dampfer, als er in den Petroleumhafen geschleppt wurde, infolge eines plötzlichen Anspannens des Schleppseiles auf einen anderen im Hafen liegenden Schlepper auf und wurde led. Drei Mann der Besatzung, darunter der Kapitän, retteten sich durch Schwimmen...

Ein Unfall des früheren Dampfers „Beierland“.

Der amerikanische Ozeandampfer „Beierland“, der frühere deutsche Hapogdampfer „Katerland“, ist heute vor Southampton auf Grund geraten. Der Dampfer wurde nach zwei Stunden, nachdem Schleppschiffe zu seiner Hilfe eingetroffen waren, bei der Flut wieder flott.

Ein Flugzeugunfall.

In Columbia (Südarabien) verunglückte am Sonnabend ein Flugzeug infolge eines Windstoßes, der Flugzeug kurz vor der Landung gegen den Signalurm der Eisenbahn brach. Der Flugzeugführer wurde verletzt. Zwei Mädchen, die mitgeflogen waren, sind in den Flammen umgekommen...

Eine eindrucksvolle Kundgebung

war die vom Gauvorstand Berlin-Brandenburg des Reichsbanners im Jirbus Busch veranstaltete Vierjahrfeier. Es sprachen der Gauvorsitzende, Ministerpräsident a. D. Steinhilber, Chefredakteur Bernhard und Rektor Kellermann und zahlreiche hervorragende Parlamentarier sowie führende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens nahmen an der Feier teil.



Unsere Jugend hält Heerschau.

Bezirkskonferenz der Sozialistischen Arbeiter-Jugend Mittelschlesiens. — Guter Abschluss des vergangenen, hoffnungsvoller Beginn des neuen Jahres. — Ein Referat des Genossen Ollenhauer. — Sollen wir im Schülerbund bleiben? — Nach erster Arbeit, die Krone der „Roten Blusen“.

Sonntag vormittag tagte in Striegau die diesjährige Bezirkskonferenz der Sozialistischen Arbeiter-Jugend Mittelschlesiens, die aus 26 Ortsgruppen 47 Delegierte und eine nicht geringe Anzahl von Gästen im Saale des Striegauer Volkshauses versammelt sah und — wie das bei unserer Jugend der Brauch ist — mit einem Kampflied stimmungsvoll ihre Arbeit begann. Die Konferenz wurde von Jungsozialisten Schlesiens durch den Genossen Krummhaldt-Breslau, von den schlesischen Kinderfreunden durch die Genossin E. Fischer-Breslau, von den Jugendgenossen des Götlicher Nachbarbezirks durch den Genossen Bödel-Wienitz und von einem Mitglied des Exekutivkomitees der Jugend-Internationale begrüßt, worauf — nach der Wahl des geschäftsführenden Büros — der Bezirkssekretär Genosse Ohlig einige Erläuterungen zu dem gedrudt vorliegenden Geschäftsbericht für 1927 gab.

Der Geschäftsbericht zeigt eine noch langsame, jedoch stetige Aufwärtsentwicklung in organisatorischer wie in finanzieller Beziehung und eine Fülle geleisteter fruchtbringender Arbeit. Genosse Ohlig beschränkte sich in seinen Erläuterungen mit dem Funktionsmangel, der Schulungsarbeit und betonte die Verbundenheit der organisierten arbeitenden Jugend mit den Kämpfen der erwachsenen Arbeiterklasse. Die viel diskutierten Zusammenarbeit mit bürgerlichen Verbänden darf nur aus wesentlichen Zweckmäßigkeitsgründen erfolgen und kann nie zu einer „Vollgemeinschaft“ führen, wie sie der Vorsitzende des Landesauschusses der Deutschen Jugendverbände kürzlich charakterisierte, indem er es als Aufgabe der Zusammenarbeit bezeichnete, „möglichst inhaltlose Formulierungen für die Forderungen der Jugend zu finden“. Kann auch diese Tagung infolge der Brandkatastrophe nicht im Ferienheim stattfinden, so ist doch kein Grund vorhanden etwa anzunehmen, daß Hoffnung und Kampfesgeist der schlesischen Arbeiterjugend unter seinen Trümmern ruhen. Eine Diskussion über den Geschäftsbericht fand nicht statt, so daß nach dem Referat Genossen May Zimmer-Breslau beantragten und einstimmig genehmigten Entlassung der Kassensführung alsdann der Redakteur der „Arbeiter-Jugend“ und Sekretär der Internationale Genosse Ollenhauer-Berlin das Wort zu seinem Referat über die Geschichte der Arbeiter-Jugendbewegung ergriß.

Genosse Ollenhauer umriß die verhältnismäßig kurze, aber inhaltlich reiche Spanne Zeit seit der Entstehung der ersten Arbeiter-Jugendvereine in Deutschland, ihre Schwierigkeiten im alten Preußen-Deutschland und ihre verschiedenen Entwicklungsphasen vor und nach der Revolution. Wir bringen den Inhalt des Referats ausführlich in der nächsten Jugendbeilage. Auch über das Referat wurde nicht diskutiert. Reihart wurde jedoch die Aussprache, als Genosse Ohlig nunmehr zur Beratung der verschiedenen vorliegenden Anträge schritt, insbesondere bei dem von der Ortsgruppe Breslau eingebrachten Antrag, daß die kommende Reichskonferenz sich nochmals mit dem Schülerbund beschäftigen und den Austritt der SAJ beschließen solle. Die Genossen Auerbach und May Seidel-Breslau begründeten den Antrag mit dem Geiste, der die Veranlassungen dieses Bundes beherrschte, während Genosse Ohlig einen abgeänderten Antrag einbrachte, nach welchem sich nicht die Reichskonferenz, sondern der Hauptvorstand nochmals mit der Frage beschäftigen soll. Genosse Ollenhauer betonte, daß über die Unmöglichkeit gemeinsamer Erziehungsarbeit mit einer solchen Organisation keine Meinungsverschiedenheit bestehe. Der Schülerbund, ursprünglich eine Stiftung, die Aufführung von Klässern für Mittelschüler ermöglichte, ist nach der Revolution auch der wertvollsten Jugend geöffnet worden und steht unter offizieller Kontrolle. Die Aufführungen seien tendenzfrei, während das Weisheit dieser Veranstaltungen jedoch dazu geführt habe, daß die SAJ die Veranstaltungen seit etwa zwei Jahren nicht mehr besuche. Ein Austritt sei aber verfehlt, denn bei einem Wechsel der politischen Richtungen sei die Möglichkeit starkerer Einflüsse gegeben. Schließlich wurde der Breslauer Antrag mit 26 gegen 16 Stimmen abgelehnt, der abgeänderte Antrag Ohlig dagegen einstimmig angenommen.

Nach ein Antrag über die Beschäftigung über die Beteiligung der Ortsgruppen an gemeinsamen Kurzen und Veranstaltungen verurteilte einen laßlichen, doch leidhaften Meinungsanspruch, an dem sich die Genossen Scharbach, Red und Sinaberg-Waldenburg und Loder-Glag beteiligten. Von Genossen Ohlig wurde dabei unterstrichen, daß bei dieser Frage streng zwischen staatlichen Unterrichtskurzen usw. und überlandlichen Veranstaltungen zu unterscheiden sei. Die voll durchweg einstimmig angenommenen Anträge bringen wir untenstehend im Wortlaut.

Die nunmehr folgenden Wahlen ergaben folgendes Resultat:

Jugendmitglieder: Genosse Ohlig-Breslau, Vorsitzender; May Seidel-Breslau, J. Berger-Waldenburg und Alfred Kasse-Striegau.

Parteivertreter (bestätigt): Genosse Kasse-Breslau, Herrmann-Breslau und Jappel-Waldenburg. Beim **Bezirks-Ausschuß**

treten zu diesen Genossen noch die Unterbezirks-Vorsitzenden der Gesellschaft Glas und von Striegau-Ollig, sowie die Genossin Lotte Serabi.

Als Delegierte zur Reichskonferenz wurden die Genossen G. Rahm-Breslau, R. Sinaberg-Waldenburg und Alfred Kasse-Striegau gewählt. Ihre Vertreter in Verhandlungsfälle sind Genosse May Seidel-Breslau und Genosse Öttinger-Langerhieslau. Das verantwortungsvolle Amt der Kassieren wurde den Genossen H. Kollat, May Zimmer und Paul Scholz übertragen.

Unter verschiedenen wies Genosse Ohlig auf die im März stattfindende Herbstwoche, die zu neuer stetiger Agitation für den Verband führen muß, und den bald anzuhaltenden Jugendtag der beiden schlesischen Bezirke in Striegau, die Reichskonferenz mit dem beschleunigten Zeitlager, das vom Bezirk voraussichtlich mit 20 bis 25 Mann besichtigt werden wird und die in diesem Sommer geplanten Ferienfahrten hin. Nachdem Genosse Berger-Waldenburg der eine dieser Jahren seinen Kurs, einiges aus Selbstkritik über die ihm zu Grunde liegenden Gesichtspunkte legte, ließ Genosse Ohlig mit einem außerordentlichen Schlußwort zu neuen Taten zu und für die arbeitende Jugend die Konferenz. Dem Fortschritt entgegen, lebend geklungen, bildete den Mittelpunkt der organisierten Arbeit, der nach einer Mittelkonferenz eine überaus gelungene unterhaltende Veranstaltung folgte.

Die Nachmittagsveranstaltung der Bezirkskonferenz, durchgeführt von der Kassieren Eitelmann und dem Hauptmann Jugend-Kassen, zeigte neben vielen sehr, sich verbunden mit reichlichen Kurzen, eine sehr interessante, von Genossen Eitelmann der aus dem Proletariat für das Proletariat geschaffene Darstellung. Mit gewohntem Geschick und Kraft in der Wirkung war die Aufführung zweier Szenen aus Ibsens „Wille Marja“ durch die Breslauer, in Einzelheiten nicht auf durchzuführen, aber in der Anlage gut und geschmackvoll. In der gemeinsamen Reden der Kassieren Eitelmann, zeigte sich, wie sie ihm immer vorzuziehenderen Kampfesgeist, zeigte sich die Stimmung mit ihrem Gehör in der Nachmittags- und Darstellung einer ungewöhnlich neuen Welt in der Welt der Arbeiter-Jugend, in der die „Rote Bluse“ mit ihrer lebendigen, kämpferischen und durchgeführte politische Kurze, trotz der Wirkung an die Spitze der unterhaltenden „Rote Bluse“ eine

neuartige Form unterhaltender Propaganda dar, die sich von dem russischen Vorbild stärker unterscheidet, wie der Name vermuten läßt. Die „Rote Bluse“ sind nicht so allgemein weltanschaulich, auch nicht so staatspolitisch gebunden wie ihre blauen Vorgänger, sondern mehr weiteuropäisch-politisch und doch ursprünglich und vollstündlich in ihrem derben, aber nie geschmacklosen Humor. Die wenigen Nebenbeinen und die manuelle Körnerfülle der dargelegten politischen Exponenten des deutschen Bürgertums stören den Gesamteindruck nicht. Herrn May Schwarz-weiß-rot, goldenes Herz, Gekiers Reichswehr-intima, Keudels Tresew-Boptott, die Lannenbergs-Entführung mit dem grossenden Lundenborff im Hintergrund, durch das Schlußspiel der Bürokratie-Neujahrfeier abgeklungen, angelehnt an die bekannten Vorgänge und symbolisch gefaßt, sind überwältigend als Satire und wirkungsvoll als Propaganda. Geschickt und humorvoller war auch die zum Schluß folgende Szene, zu der der „Eingetragene Verein“ „Rot-Front“-Breslau den Vorwurf abgab. Erst spät abends trennten sich in froher, durch den guten Verlauf der laßlichen Arbeit, wie der gebotenen Unterhaltung angelegten Stimmung die Jugendgenossen, um nach den verschiedenen Richtungen heimwärts zu streben, zur täglichen Front, aber auch zu neuem Kampf und

neuer Arbeit im Dienste des Proletariats.

Die angenommenen Entschlüsse lauten:

Satzungsänderungen.
Der Bezirksvorstand setzt sich aus drei Vertretern der Partei und vier Vertretern der Jugend zusammen. Ausschüsse müssen von den Ortsgruppen im Einverständnis mit der Unterbezirksleitung beim Bezirks-Vorstand beantragt werden. Das ausschließende Mitglied muß vorher gehört werden und kann gegen den Ausschluß Beschwerde beim Verbandsvorstand einlegen.

Zur Frage der Zugehörigkeit zum Schülerbund.
Die Bezirkskonferenz erucht den Hauptvorstand, seinen Austritt aus dem Schüler-Bund zu vollziehen.

Zur nächsten Reichskonferenz.
Die Bezirkskonferenz beantragt beim Hauptvorstand, daß die nächste Reichskonferenz unseres Verbandes in Breslau stattfinden möge.
Die Bezirkskonferenz beschließt, daß zur Deckung der Delegationskosten für die Reichskonferenz unseres Verbandes ein Extrabeitrag von 10 Pfennigen pro Mitglied erhoben und eingezogen wird.

Zur Beteiligung an überländischen und neutralen Veranstaltungen.
Die Bezirkskonferenz beschließt, daß eine Beteiligung der Ortsgruppen an allen sogenannten überländischen und neutralen Veranstaltungen der Einwilligung und Zustimmung des Bezirksvorstandes bedarf. Bestehende Arbeitsgemeinschaften sind unter diesem Gesichtspunkt nachzuprüfen und mit dem Bezirksvorstand zu beraten. Unberührt von diesem Beschluß bleibt das Verhältnis zum Landesauschuss Niederschlesien der deutschen Jugendverbände in den jeweiligen Ausschüssen für Jugendpflege.

Aus Schlesien.

25 Millionen Pfund Geldstrafe.

Urteil im Kattowitzer Salzmonopolprozess.
Vor der hiesigen Finanzkammer wurden wegen betrügerischer Handlungen zum Nachteil der Salzmonopolverwaltung die Großkaufleute Sachkiski, Jakobowicz und Kobienski nach 14tägiger Verhandlung zu je 8,568 Millionen Pfund und je einem Jahr Gefängnis verurteilt. Durch die drei genannten Personen war die polnische Salz-Monopolverwaltung um rund 270 000 Pfund geschädigt worden. Sachkiski und Kobienski wurden noch in der Nacht nach der Urteilsfällung verhaftet.

Reinbauverwaltung bei Döberstorf.

Durch der starken und anhaltenden Regen der letzten Tage hat sich der Schaden auf der Straße Breslau-Glogau zwischen den Bahnhöfen Aniegnitz und Döberstorf erheblich geltend gemacht. Zwischen den Bahnhöfen Klein-Breslau und Döberstorf ist infolgedessen einseitiger Verkehr eingerichtet worden. Die Folge hiervon sind geringe Zugsperrungen, die sich jedoch nur bei dem Zuge 647 Kattowice ab 15.34 Uhr feststellen lassen. Der Zug wird einige Tage 23 Minuten später in Breslau Hauptbahnhof eintrafen.

Für Groß-Waldenburg.

Eine kommunistische Konferenz der Partei.
Eine kommunistische Konferenz der Sozialdemokratischen Partei des Kreises Waldenburg beschloß am Sonntag mit der Eingemeidungsfrage, die allerdings auch innerhalb der Partei fort anzuhält, die die Landesverbände, die dem Reichsverband angehören müssen, den Reichsverband für nicht lebensfähig halten. Nach einem Referat des Genossen Wendemann, der sich mit Rücksicht für die Eingemeidung der mit Waldenburg auch schon ein veränderliches Verhältnis eintrat, wurde in einer anschließenden Aussprache der Vor- und Wider erzählt, wobei Genosse Wendemann besonders den Gesichtspunkt der Kampfergebnisse vertrat und vor überstürzten Schritten, die dem Reichsverband die Lebensfähigkeit nehmen würde, warnte. Zum Schluß wurde folgende Entschlüsse von der Mehrheit der Konferenz angenommen:

Die Konferenz erachtet ihren Beschluß vom 2. Januar d. Ja. für ein Groß-Waldenburg einverstanden. Sie macht jedoch die weitere Durchföhrung von einer Prüfung der rechtlichen Verhältnisse abhängig, die jetzt der Regierung vorliegen. Die Partei hat alle Parteigenossen verpflichtet, sich von jeder sprachlichen Erörterung darüber fernzuhalten.

Schmelz. Ausbeziehungsmöglichkeiten der Stadt.

Der Magistrat hat beim Landrat beantragt, sein Einverständnis zur Eingemeidung der schlesischen Gebiete von Waldenburg an die Stadt zu erlangen, was Waldenburg und jenseit der Gebiete Kattowice und Ober-Waldenburg zu geben.

Schmelz. Ein Raube vom Pferde erschlagen.
Auf dem Hof Weiden im Hofen Kreis ist ein schwarzer Rapphengst gestorben, der ein junges Reiterknecht (Johann) der hiesigen Gendarmerie einbrachte und angeblich den Reiter zu Tode gekommen ist, so daß die Weide beim Reiterhof der Stadt am Hof lag. Der Reiter fand den Jungen mit seinem Pferde verunglückt am Hof liegen. Die Gendarmerie hat den Reiter nach dem Hof gebracht, um den Reiter zu helfen, um seinen Reiter zu haben, um seinen Reiter zu haben, um seinen Reiter zu haben, um seinen Reiter zu haben.

Langerhieslau. Die Täterin noch nicht gefaßt.
Die furchtbare Mordtat in der Kreuzer Straße 39 hat noch keine Aufklärung gefunden. Hierseemann, der, wie wir bereits berichtet, allem Anschein nach von seiner 26 Jahre alten Frau lebensgefährlich verletzt und blutüberströmt von Nachbarn in seiner Wohnung gefunden wurde, ist inzwischen verstorben, ohne daß er irgend welche Angaben hätte machen können. Von der Frau fehlt bis jetzt nach jede Spur. Eine Frau, die mit der Hierseemannschen Familie auf dem gleichen Hofe wohnte, hat jetzt der Polizei mitgeteilt, daß Frau W. nachts gegen 1 Uhr bei ihr Einlaß begehrte. Als sie die Tür öffnete, überreichte ihr Frau W. das fünfjährige Töchterchen mit den Worten: „Behalten Sie das Kind hier, ich habe eben meinen Mann erschlagen und will flüchten!“ Man hat alle Leiche und Klischee der Umgehens abgefaßt in der Annahme, daß Frau W. freiwillig den Tod gesucht hat, aber alles Suchen war erfolglos. Wie sich weiter herausgestellt hat, ist W. der Kopf mit einem Dreifuß, wie ihn die Schuhmacher benutzen, zerhackt worden.

Domitz. Kreis Hirschberg. Ein merkwürdiger Fall.
Es da gogge ist der hiesige Lehrer Trunt, mit dessen Gewohnheit, Knaben und Mädchen zu prügeln, sich die Elternschaft schon verschiedentlich beschäftigt. Herr Trunt hat sich das Prügeln in zwischen abgewöhnt, wendet aber dafür neue Erziehungsmaßnahmen an, die kaum minder ansehbar erscheinen. Er behält die Kinder oft stundenlang in der Schule zurück, und zwar ergeben die Bestimmungen, die sich die Eltern gemacht haben, daß einzelne Kinder vier bis acht Stunden in der Woche nachsitzen mußten. Zum Teil geschieht das sogar ohne Aufsicht, indem der Herr Lehrer sich einfach nach seiner Wohnung begibt. Am Montag, den 15. Februar, hat Trunt wieder vier Mädchen zum Nachsitzen bestimmt, anstatt sie aber in eine Klasse zu bestellen, ließ er sie in dem kalten und zugigen Hausflur stehen. Nach Ablauf einer vollen Stunde erschien er wieder und schickte die Kinder nach Hause. Ein Mädchen davon kam nach Hause, hatte sofort heftiges Erbrechen und fieberte, so daß es einige Tage krank zu Bett lag. Ein anderer Fall ist nachgewiesen, daß Herr Lehrer Trunt die Kinder eine Stunde frühmorgens eher kommen läßt.

Hindenburg. Das Rot-Front-Verbot.
Umsichtig wird mitgeteilt: Der Preussische Minister des Innern hat auf eine kleine Anfrage der Kommunistischen Landtagsfraktion mitgeteilt, daß eine Aufhebung des Verbots der Ortsgruppe Hindenburg des Roten Frontkämpferbundes zurzeit nicht in Frage kommt.

Saibusch, Polnisch-Schlesien. Vierfache Mord.
Eine entsetzliche Mordtat vollführte ein Schloffer mit seinen beiden Söhnen in dem kleinen Ort Saibusch. Er vermutete bei einer anderen Familie größere Geldebehalte, drang mit den beiden Helfern in die Wohnung ein und tötete Mann, Frau, Sohn und Tochter durch Beilichbe. Bei der Plünderung der Wohnung erbeuteten sie ganze 6 Pfund. Die unmenschlichen Täter sind festgenommen worden.

Landkreis Breslau/Neumarkt.

Sturm auf Breslau!

Wenn man in der letzten Zeit die „zumeist deutschnational gefärbten, Kreis- und Stadtblätter liest, könnte man meinen, daß demnächst unter Führung des Landbundes der Sturm auf die Städte losgehen wird. Droht doch dieser Tage sogar schon der Präsident der niederschlesischen Landwirtschaftskammer mit Gewaltanwendung, wenn die Rot der Landwirte — lies Großgrundbesitzer — nicht behoben wird. Was an solch prominenter Stelle geschieht, kann natürlich der Salonbauer Paul Hennig aus Oders-Stephansdorf noch besser. Er entwickelte bezüglich Gewaltanwendung in der „Neumarkter Zeitung“ vom 7. Februar schon fertige Schlachtpläne und empfiehlt mit 100 000 gen Berlin und 30 000 gen Breslau zu marschieren. In einer der letzten Versammlungen erklärte dieser Tausendfüßler, der noch vor wenigen Wochen auf die Arbeiter als deutschnationaler „Landarbeiter“ losgelassen wurde, obwohl er in seinem Leben noch nie ein einzigesmal Landarbeit verrichtet hat, überdies, daß bei dem Marsch nach Berlin dem Innenminister sofort ein starker, knöchiger (!) Landwirt „entgegengeschleudert“ wird.

Wir kennen solche „Stürme“ schon. Zu Tausenden wird man die Landarbeiter wieder auf Wagen laden und mit ihnen in Kreis- und Regierungstädte fahren. Bezahlt wird's vom notleidenden Junker. Man braucht das aber nicht allzu ernst zu nehmen. Früher kündigte man immer einen Sturm auf die Finanzämter an. Da der Mut aber nicht sehr groß und Dumme nicht gefunden werden, ist bis heute bei uns noch nicht ein einziges Finanzamt gestürmt worden. Dieses Mal wird es natürlich nicht anders sein. Wenn sich Hennig an die Spitze der Bauernschaft stellt, dann haben wir nichts dagegen. Wir wissen, daß es dann bestimmt schief geht. Hoffentlich nimmt die Sümpfsucht den franken Mann bei Betreten Breslaus sofort in festeren Gewächsam. Dummheit ist nämlich ansteckend und wirkt in diesem Ausmaß gemeingefährlich.

Bettlern. Schwere Sturz vom Pferde.
Der Oberinspektor des Dominikus Bettlern wurde gestern mittag auf dem Heimritt von seinem scheuenden Pferde abgeworfen. Pferd und Reiter stürzten in den Straßengraben. Passanten holten den Verunglückten unter dem Pferde herab und verbrachten ihn in ein Breslauer Krankenhaus. Er hat außer einem Arm- und Schließelbeinbruch auch innere Verletzungen davongetragen.

SPD., Unterbezirk Breslau-Land-Neumarkt.

Berlinamunungsständer.
Domsau, Mittwoch, den 22. Februar, vormittags 11 Uhr, findet eine Erwerbslosenversammlung statt, in der der Geschäftsführer des Arbeitsnachweises, Genosse Klose, spricht. Die Erwerbslosen der umliegenden Orte sind eingeladen.
Domsau, Mittwoch, den 22. Februar, abends 7 1/2 Uhr, findet in der Volkshalle unsere Mitgliederversammlung statt. Redner: Genosse Hannal. Sorgt für guten Besuch.
Schmalz, am Mittwoch, den 22. Februar, abends 7 1/2 Uhr, findet wieder ein Bildungsabend statt. Redner: Dr. W. d. e. Guter Besuch wird erwartet.

Breslauer Produktenbörse vom 20. Februar.

Wichtige Notierungen der am 20. Februar 1928 gehaltenen Börse in Schlesien (für den Kreis Breslau) (in 100 kg)

Tägliche amtliche Notierungen (100 kg)		Wichtige Notierungen (100 kg)	
20.	19.	20.	19.
Gehölz	20.	Winkel, Rot und	—
Waldholz 6.6	25.20	Winkel, Gelb	—
Waldholz 7.14	25.50	Waldholz ..	34.00
Waldholz 7.28	21.20	Waldholz ..	35.00
Waldholz 7.42	21.50	Waldholz ..	35.00
Waldholz 7.56	22.00	Waldholz ..	35.00
Waldholz 8.10	22.50	Waldholz ..	35.00
Waldholz 8.24	22.50	Waldholz ..	35.00

Wichtigste Notierungen für den Provinz-Schlesien (je 100 kg)

Tägliche Notierungen für den Provinz-Schlesien (je 100 kg)		Wichtige Notierungen für den Provinz-Schlesien (je 100 kg)	
20.	19.	20.	19.
Waldholz ..	34.00	Waldholz ..	34.00
Waldholz ..	35.00	Waldholz ..	35.00
Waldholz ..	35.00	Waldholz ..	35.00
Waldholz ..	35.00	Waldholz ..	35.00